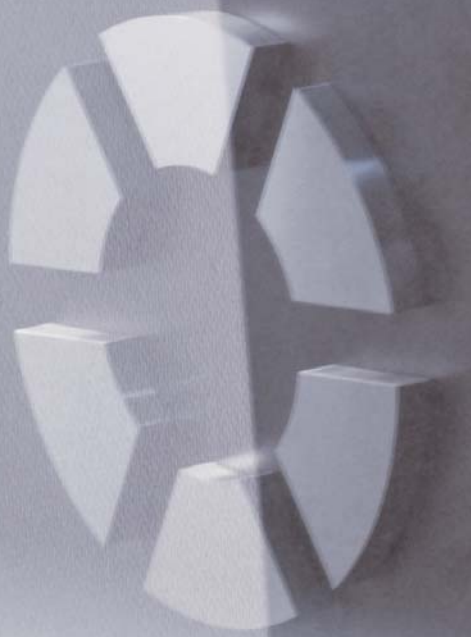




Bank
für Sozialwirtschaft



Bank
für Sozialv

GESCHÄFTS-
BERICHT 2011

BERICHT ÜBER DAS 89. GESCHÄFTSJAHR 2011

Berlin und Köln

INHALTS- VERZEICHNIS

4	Zur strategischen Ausrichtung
5	BFS auf einen Blick
6	Aufsichtsrat
7	Organe
8	Zentralbeirat
10	Bericht des Vorstandes
10	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
14	Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft
18	Lagebericht 2011
26	Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
30	Entwicklung der verbundenen Unternehmen
35	Bericht des Aufsichtsrates
40	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011
42	Gewinn- und Verlustrechnung 2011
44	Anhang 2011
59	Bestätigungsvermerk
60	Geschäftsstellen und Repräsentanzen

ZUR STRATEGISCHEN AUSRICHTUNG

Für die Geschäftsentwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG blieb im Jahr 2011 die wegen der Staatsschuldenkrise andauernde Finanzmarktkrise weiterhin ohne negative Konsequenzen: Zum dritten Mal in Folge konnten wir das vergangene Geschäftsjahr mit dem besten Geschäftsergebnis in der Geschichte unseres 1923 gegründeten Instituts abschließen.

Diese sehr positive Entwicklung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Im Vordergrund steht die nachhaltige Geschäftspolitik der Bank für Sozialwirtschaft AG: Wir konzentrieren uns auf das traditionelle Bankgeschäft mit Unternehmen und Organisationen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Unser Ziel ist es, durch attraktive Angebote, partnerschaftliche Kundenbeziehungen und eine langfristige Kundenbindung das qualitative und quantitative Wachstum unseres Unternehmens fortzusetzen.

Um unsere Positionierung als Spezialkreditinstitut für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiter zu festigen, verfolgen wir vor allem drei Wege: Zum einen bauen wir die Maßnahmen zur differenzierten Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben, insbesondere im Bereich der Sozialimmobilien, kontinuierlich aus. Zum Zweiten vergrößern wir das Angebot an Leistungen, die das traditionelle Bankspektrum ergänzen und zugleich auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten sind. Für das Geschäftsjahr 2011 ist hier eine Erweiterung des Factoring-Angebots, die Platzierung des zweiten Mezzanine-Fonds für mittelständische Unternehmen der Sozialwirtschaft und eine Bündelung der Online-Tools für Spendenorganisationen zu nennen. Zum Dritten steht im Bereich der Mitarbeiterfortbildung nicht allein das bankfachliche Know-how im Vordergrund, sondern ebenso wichtig ist die regelmäßige Information und Schulung zu den aktuellen finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Segmenten der Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

Zu den Erfolgsfaktoren der Bank für Sozialwirtschaft AG gehört zudem, dass wir in allen Geschäftsbereichen nur

begrenzte Risiken zulassen. Bereits in den letzten Jahren konnten wir eine zunehmende Zahl von Kunden davon überzeugen, dass eine solide Risikobewertung ihren eigenen Interessen ebenso entgegenkommt wie unseren. Ein Blick auf die regulatorischen Anforderungen, die von den Banken unter anderem eine wesentlich differenziertere Risikomessung als in den vergangenen Jahren verlangen, zeigt uns, dass wir mit dieser Strategie für die Zukunft gut aufgestellt sind.

Für die weitere Geschäftsentwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sehen wir sehr gute Perspektiven: Die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gelten nach wie vor als Wachstumsmärkte – auch wenn ihre Finanzierungsbedingungen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sowie der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen zur Diskussion stehen. Für die Zukunft erwarten wir daher nicht nur Veränderungen in den Versorgungsstrukturen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, sondern auch eine wachsende Inanspruchnahme von Geldern des Banken- und Finanzmarktes und der privaten Haushalte. Für den Erfolg der Bank wird es noch wichtiger werden als bisher, zukunftsfähige Geschäftsmodelle in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zu erkennen und die damit arbeitenden Unternehmen als Kunden der Bank zu gewinnen.

Zugleich gilt es, die informationstechnologische Arbeitsbasis für die weitere Geschäftsausweitung kontinuierlich zu verbessern und die regulatorischen Anforderungen an die Banken, deren Umfang und Komplexität in Folge der Finanzmarktkrise erheblich zugenommen haben, für unser Haus umzusetzen.

In welchen Feldern wir 2011 aktiv waren und wo wir für 2012 Initiativen gestartet haben, um unsere Position als Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

BFS

AUF EINEN BLICK

	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2010 Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	6.282,1	6.037,5	244,6	4,1%
Eigengeschäft	6.107,0	5.862,5	244,5	4,2%
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	261,6	217,7	43,9	20,2%
Forderungen an Kreditinstitute	14,1	31,5	-17,4	-55,2%
Wertpapiere	2.134,6	2.153,7	-19,1	-0,9%
Forderungen an Kunden	3.882,8	3.478,4	404,4	11,6%
Treuhandkredite	175,1	175,0	0,1	0,1%
Einlagen von Kreditinstituten	1.817,9	1.842,6	-24,7	-1,3%
Einlagen von Kunden	3.762,7	3.592,9	169,8	4,7%
• täglich fällig	2.296,7	2.425,1	-128,4	-5,3%
• Festgelder	1.409,7	1.107,0	302,7	27,3%
• davon Sparbriefe	39,8	31,6	8,2	25,9%
• Spareinlagen	56,3	60,8	-4,5	-7,4%
Zinsüberschuss	132,4	117,6	14,8	12,6%
Provisionsergebnis	4,2	3,9	0,3	7,7%
Betrieblicher Aufwand	-53,5	-50,0	-3,5	7,0%
Betriebsergebnis	87,4	76,9	10,5	13,7%
Jahresüberschuss	53,6	52,4	1,2	2,3%

AUFSICHTSRAT

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R., Düsseldorf

Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland, Köln
(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Vorsitzender der Finanzkommission des Deutschen Caritasverbandes e. V., Waldshut-Tiengen

Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik

Präsident a. D. (Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.), Berlin
(Mitglied bis zum 20. Juni 2011)

Hans-Peter Niemeier

Mitglied des Vorstandes, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V., Wirtschaft und Finanzen, Berlin

Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V., Berlin

Berthold Simons

Kaufmännischer Direktor i. R. (DRK-Krankenhaus GmbH), Berlin

Oberkirchenrat Pfarrer Johannes Stockmeier

Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Berlin
(Mitglied seit dem 20. Juni 2011)

Dr. Wolfgang Teske

Vizepräsident a. D. (Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.), Leipzig
(Mitglied bis zum 20. Juni 2011)

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Dresden
(Mitglied seit dem 20. Juni 2011)

Michael Warman

Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Frankfurt am Main
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Professor Dr. Manfred Willms

Bundesschatzmeister a. D. (Deutsches Rotes Kreuz e. V., Generalsekretariat, Berlin), Kronshagen

ORGANE

Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
Dietmar Krüger, Köln

Generalbevollmächtigte

Thomas Kahleis, Köln
Oliver Luckner, Köln

Prokuristen und Direktoren

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

Geschäftsstellenleiter

Andreas Belzner, Direktor der Geschäftsstelle Karlsruhe
Thomas Dettweiler, Direktor der Geschäftsstelle München
Ulf Hartmann, Direktor der Geschäftsstelle Mainz
Joachim Helms, Direktor Geschäftsstellenbereich Norddeutschland
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Enrico Meier, Direktor der Geschäftsstelle Magdeburg
Thomas Nitzschner, Leiter der Geschäftsstelle Dresden
Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
Jan Peper, Leiter der Geschäftsstelle Hamburg
Eicke-Matthias Rost, Leiter der Geschäftsstelle Erfurt
Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

ZENTRALBEIRAT

Dr. Stefan Arend

Vorstand, Kuratorium Wohnen im Alter gAG,
Hauptverwaltung, Unterhaching

Manfred Boos

Bereichsleiter Finanz- und Rechnungswesen,
UNICEF Deutschland, Köln

Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau

Andrea Büngeler

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbereich Finanzen
Organisation, Der PARITÄTISCHE Nordrhein-Westfalen e. V.,
Wuppertal

Armin von Butlar

Vorstand, Aktion Mensch e. V., Bonn

Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband
Baden e. V., Karlsruhe

Thomas Doerr

Vorsitzender der Geschäftsführung, Johanniter
Seniorenhäuser GmbH, Berlin

Alfons Donat

Geschäftsführer, Maria Hilf Kranken- und Pflegegesellschaft
mbH, Dernbach

Thomas Eisenreich

Vorstand, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg

Alfred Felscher

Geschäftsführer für Finanzen und Controlling, Paracelsus-
Kliniken Deutschland, Osnabrück

Franz-Heinrich Fischler

Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum
Berlin e. V., Berlin

Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt,
Magdeburg

Dr.-Ing. Herbert Günther

Geschäftsführer, DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH
Sachsen, DRK Krankenhaus Chemnitz-Rabenstein, Chemnitz

Michael Hack

Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Alten-, Jugend- und
Sozialhilfe gGmbH, Erfurt

Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk,
Landesverband Rheinland e. V., Düsseldorf

Hartmut G. Knipscheer

Vorstand, Martinshof Rothenburg Diakoniewerk, Rothenburg

Pastor Prof. Dr. Udo Krolzik

Vorstand, FAKD Führungsakademie für Kirche und Diakonie,
Berlin

Professor Dr. Dr. h.c. (mult.) Franz Peter Lang

Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft
Essen-Nord eG, Essen

Oswald Menninger

Geschäftsführer, Der PARITÄTISCHE, Landesverband Berlin e. V.,
Berlin

Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Oberbayern e. V., München

Dr. Peter Olijnyk

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Müritz e. V., Waren

Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter, OSTERMANN POTT & CIE.,
HEALTHCARE ADVISORS GMBH & CO. KG., Bonn

Christian Reuter

Bundesvorsitzender, ASB Arbeiter-Samariter-Bund
Deutschland e. V., Bundesverband, Köln
(Mitglied seit dem 01. Januar 2012)

Cornelia Rundt

Vorstand, Der PARITÄTISCHE Niedersachsen e. V., Hannover

Markus Schächter

Intendant, Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz

Klaus Schilling

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe,
Greifswald

Schmitz, Bernd

Vorstand, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin

Elfi Scho-Antwerpes

Erste Bürgermeisterin der Stadt Köln,
Kreisgruppenvorsitzende, Der PARITÄTISCHE, Kreisgruppe
Köln e. V., Köln

Paul-Werner Schöndorf

Provinzbeirat, Barmherzige Schwestern vom heiligen Kreuz,
Kloster Hegne, Freiburg im Breisgau

Werner Sigmund

Vorsitzender des Vorstandes, Internationaler Bund IB, Freier
Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.,
Frankfurt am Main

Bernhard P. Späth

Vorsitzender des Vorstandes, St. Josefshaus Herten,
Rheinfelden

Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz, München

Professor Dr. Friedrich Vogelbusch

Wirtschaftsprüfer | Steuerberater, Geschäftsführer | Leiter
der Zweigniederlassung Warth & Klein Wirtschaftsprüfung-
gesellschaft GmbH, Dresden (Mitglied seit dem 01. Januar
2011 – Wechsel in den Aufsichtsrat am 20 Juni 2011)

Bernd Weber

Vorsitzender des Vorstandes, Agaplesion gAG, Frankfurt am
Main



BERICHT DES VORSTANDES

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft setzte ihren wirtschaftlichen Aufholprozess nach der schweren globalen Rezession der Jahre 2008 und 2009 auch im Jahr 2011 fort. Mit einer Expansion des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 3,0 % konnte das Jahr 2011 an das konjunkturelle Rekordjahr 2010 anknüpfen und das Vorkrisenniveau bereits im zweiten Quartal wieder überschreiten. Durch eines der besten Ergebnisse seit der Wiedervereinigung trotzte Deutschland der Krise im Euroraum und lag erneut in der Spitzengruppe unter den europäischen Staaten.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft fand hauptsächlich im ersten Halbjahr statt. Nach einer kräftigen Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal von 1,3 % gegenüber dem Vorquartal, konnte im zweiten und drit-

ten Quartal jeweils ein Zuwachs von 0,5 % erzielt werden. Am Ende des Jahres kam es aufgrund einer sich abschwächenden Weltwirtschaft und der Unsicherheiten bezüglich des Fortgangs der Schuldenkrise erstmals seit dem Jahresbeginn 2009 zu einer Schrumpfung der Wirtschaftsleistung.

Private Konsumnachfrage als Wachstumstreiber

Wurde der Aufschwung des Jahres 2010, wie schon in vielen früheren Jahren, hauptsächlich vom Außenhandel getragen, so übernahm diese Rolle im Jahr 2011 die Binnen- nachfrage. Insbesondere die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandierten mit preisbereinigten 1,5 % so stark wie seit fünf Jahren nicht mehr. Haupttreiber war die positive

Entwicklung am Arbeitsmarkt in Verbindung mit besseren Einkommensperspektiven und höheren Nettoverdiensten. Ebenfalls erkennbar gestiegen sind die Konsumausgaben des Staates. Allerdings trugen diese mit einem Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten deutlich weniger zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei als der private Konsum mit 0,9 Prozentpunkten.

Die Verbraucherpreise haben im Jahr 2011 deutlich angezogen. Die Steigerung erreichte im September mit 2,6 % (gegenüber dem Vorjahr) ihren Höchststand und fiel im Jahresdurchschnitt mit 2,3 % mehr als doppelt so stark aus wie im Jahr zuvor. Bedingt war diese Entwicklung vor allen Dingen durch deutliche Preiserhöhungen im Bereich Energie.

Außenhandel verzeichnet Rekordwerte

Trotz einer sich abschwächenden Weltwirtschaft zum Jahresende konnte die deutsche Wirtschaft ihren grenzüberschreitenden Handel in 2011 erneut ausweiten, wenngleich die Dynamik des Vorjahres nicht ganz aufrechterhalten werden konnte.

Die deutschen Ausfuhren übertrafen den Wert des Jahres 2010 um rund 11 % und überstiegen erstmals die Marke von einer Billion Euro. Das Exportgeschäft wurde dabei insbesondere durch die Warenausfuhren in die Volksrepublik China und die russische Föderation stimuliert. Auch die Einfuhren konnten deutlich zulegen und übertrafen den bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2008 erheblich. Insgesamt steuerte der Außenbeitrag, d. h. die Differenz zwischen Exporten und Importen, einen positiven Beitrag in Höhe von 0,8 % zum Wachstumsergebnis bei und hat sich somit im Vergleich zum Vorjahr in etwa halbiert.

Kräftige Investitionsdynamik bei den Bruttoanlageinvestitionen

Eine verbesserte Ertragslage, eine zunehmende Auslastung der betrieblichen Produktionskapazitäten sowie vergleichsweise günstige Finanzierungsbedingungen führten zu einem deutlichen Anstieg der Investitionen durch die Unternehmen und den Staat. Wesentlich trugen die Ausrüstungsinvestitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge hierzu bei. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um preisbereinigte 8,3 %. Daneben konnte bei den Bauinvestitionen mit einem Anstieg von 5,4 % gegenüber dem Vorjahr der höchste Zuwachs seit 1994 verzeichnet werden.

Insgesamt wurden damit die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2011 deutlich ausgeweitet und trugen mit einem Beitrag von 1,1 % ähnlich stark wie die Konsumausgaben zum konjunkturellen Aufschwung bei. Die Vorratsinvestitionen hingegen konnten aufgrund bereits im Jahr 2010 wieder gut gefüllter Lagerbestände keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten.

Positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hat sich auch 2011 fortgesetzt. Im Jahresdurchschnitt waren 2.976.000 Personen arbeitslos gemeldet und damit rund 263.000 weniger als im Jahr zuvor. Dementsprechend verringerte sich die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 %.

Die gute Entwicklung des Arbeitsmarktes spiegelt sich auch in den Daten zur Erwerbstätigkeit und zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wieder. Der Höchststand der Erwerbstätigkeit aus dem Vorjahr wurde mit dem erstmaligen Überschreiten der 41-Millionen-Marke im Jahr 2011 nochmals deutlich übertroffen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im November 2011 nach einer Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit bei 29 Millionen. Bedingt durch die konjunkturelle Entwicklung kam es zu deutlichen Steigerungen bei der sozialversicherungspflichtigen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung. Dagegen hat die Anzahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten (Minijobs) und der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) abgenommen.

Der Beschäftigungszuwachs war in allen Bundesländern und in fast allen Branchen feststellbar. Im Gesundheits- und Sozialwesen waren im November 2011 beispielsweise rund 3,7 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Mit einem Anstieg von etwa 3,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum lag die Steigerung in diesem Bereich merklich über dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft von rund 2,5 %.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schreitet voran

Die Lage der Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich entspannt. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wiesen die Haushalte nach 106,0 Mrd. EUR im Vorjahr im Jahr 2011 nur noch ein Defizit von 26,7 Mrd. EUR auf. Aufgrund der guten konjunkturellen Entwick-

lung sowie gesetzlicher Änderungen, wie z. B. der Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung, stiegen die Einnahmen kräftig an. Zudem konnte erstmals seit 2004 ein Rückgang bei den Ausgaben erzielt werden. Dennoch kam es, bedingt durch die immer noch defizitären Haushalte von Bund und Ländern, zu einem weiteren Anstieg der Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte an den Kredit- und Kapitalmärkten. Die Gesamtverschuldung lag am 30.09.2011 bei rund 2.027,5 Mrd. EUR.¹ Gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt ergibt sich für das Jahr 2011 eine Defizitquote von 1,0 %. Damit wurde der im Maastricht-Vertrag festgelegte Referenzwert von 3 % erstmals seit 2008 wieder unterschritten.²

Europäische Staatsschuldenkrise weitet sich aus

Die finanzielle Verfasstheit der hoch verschuldeten europäischen Staaten hat sich im Jahr 2011 nicht verbessert. Stattdessen hat sich die Staatsschuldenkrise innerhalb der europäischen Währungsunion ausgeweitet. Nachdem im Jahr 2010 bereits Griechenland und Irland wegen Zweifeln an der Tragfähigkeit ihrer Haushalte und infolgedessen zur Vermeidung einer Zahlungsunfähigkeit, Hilfsmittel des Euro-Rettungsschirms (EFSF) in Anspruch nehmen mussten, wurde nach etlichen Bonitätsherbstufungen durch die führenden Ratingagenturen im Mai 2011 auch Portugal zu diesem Schritt gezwungen.

In der zweiten Jahreshälfte kam es schließlich zu einem deutlichen Anwachsen der Verunsicherung an den Märkten, in deren Folge sich auch die Refinanzierungsbedingungen Italiens und Spaniens spürbar verschlechterten. Ausgelöst wurde dies durch eine immer angespanntere Verschuldungslage der Länder im europäischen Währungsgebiet (insbesondere Griechenland) in Verbindung mit sich eintrübenden Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung. Außerdem wurde ein Übergreifen der Staatsschuldenkrise auf den europäischen Finanzsektor befürchtet.

Eine nachhaltige Beruhigung der Lage konnte trotz etlicher Maßnahmen, wie z. B. der Aufstockung des EFSF auf 780 Mrd. EUR, Sparprogramme der einzelnen Regierungen sowie einem milliardenschweren Hilfsprogramm für Griechenland

nicht erreicht werden. Ausdruck der weiterhin großen Beunruhigung und Risikoaversion auf den Finanzmärkten waren u. a. die seit Mitte 2011 fast kontinuierlich ansteigenden Risikoprämien für unbesicherte Geldgeschäfte auf dem Interbankenmarkt, dem Markt, auf dem sich die Banken gegenseitig mit Liquidität versorgen können. Im Dezember erreichten die Risikoprämien im Interbankenhandel ein Niveau, welches seit der globalen Finanzkrise im Jahr 2009 nicht mehr zu beobachten war.

Europäische Zentralbank flutet Märkte mit Geld

Getrieben durch positive Konjunkturaussichten sowie aufwärtsgerichtete Preisrisiken begann die Europäische Zentralbank (EZB) Anfang des Jahres 2011, ihre Geldpolitik zu straffen. Der Leitzins wurde durch zwei Anhebungen im April und Juli um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 1,5 % erhöht. Diesen geldpolitischen Kurswechsel konnte die EZB jedoch nicht lange aufrechterhalten. Bereits im Spätsommer kehrte sie angesichts einer sich wieder verschärfenden Schuldenkrise zu einer expansiveren Geldpolitik zurück.

Als erste Maßnahmen wurden wieder neue langfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Dauer von sechs Monaten aufgelegt sowie Anleihen der im Fokus stehenden Euro-Staaten am Sekundärmarkt aufgekauft. Zum Ende des Jahres folgte dann, aufgrund sich deutlich verschlechternder Konjunkturaussichten und einer hohen Verunsicherung auf den europäischen Anleihenmärkten, die zinspolitische Kehrtwende. Unter der Führung ihres neuen Präsidenten Mario Draghi senkte der EZB-Rat in zwei Schritten den Leitzins erneut auf das historisch niedrige Niveau von 1,0 %.

Um den zunehmenden Verwerfungen am europäischen Interbankenmarkt entgegenzuwirken und die Liquiditätsbeschaffung der Geschäftsbanken zu erleichtern, weitete die EZB zudem ihre geldpolitischen Sondermaßnahmen aus. Hierzu zählt u. a. ein erstmals durchgeführtes langfristiges Refinanzierungsgeschäft mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren. Hinzu kam eine Ausweitung der Sicherheiten, welche die Banken zur Refinanzierung bei der europäischen Notenbank einreichen können.

¹ Aktuellere Daten zur Staatsverschuldung (gem. Finanzstatistik) lagen bei Fertigstellung dieses Berichts noch nicht vor. Quelle: Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 27.12.2011

² in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 1/2012. Wiesbaden, Januar 2012

Steigende Risiken für das deutsche Finanzsystem

Die Risiken für das deutsche Finanzsystem haben seit Mitte des Jahres 2011 wieder deutlich zugenommen. Hierbei ist die Staatsschuldenkrise als weitaus größtes Risiko zu sehen. Hinzu kommen Anspannungen an den Finanzmärkten, welche die Finanzierungs- und Marktliquidität negativ beeinträchtigen.

Den erhöhten Risiken kann das deutsche Bankensystem jedoch mit einer verbesserten Risikotragfähigkeit begegnen. Das deutsche Finanzsystem ist gegenüber dem Jahr 2008 weitaus besser gerüstet und befindet sich im europäischen Vergleich in einer guten Ausgangslage. Bedingt durch die positive Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes und den damit verbundenen niedrigsten Kreditverlustquoten seit drei Jahren, konnten die deutschen Banken im Jahr 2011 ihre Ertragslage verbessern sowie ihre Kapitalbasis quantitativ und qualitativ stärken. Zudem konnte die Refinanzierung auf stabilere Füße gestellt werden. Hierzu beigetragen hat der weiterhin andauernde Trend steigender Kundeneinlagen, welcher die Abhängigkeit vom Interbankenmarkt verringerte.

Kapitalmärkte weiter von hoher Volatilität geprägt

Auch im Jahr 2011 standen die Kapitalmärkte unter dem Eindruck der Euro-Schuldenkrise. Der Wechsel zwischen der Hoffnung auf eine sich abzeichnende Lösung der Krise und der Enttäuschung über neue Hiobsbotschaften sowie unzureichende Maßnahmen der Peripheriestaaten sorgte für eine hohe Volatilität an den Märkten. Die Aktienmärkte verzeichneten im ersten Halbjahr zunächst eine erfreuliche Entwicklung. So erreichte der Deutsche Aktienindex (DAX) im Februar ein 3-Jahres-Hoch. Zur gleichen Zeit sank die Risikoaversion der Investoren am Anleihenmarkt, wodurch sich die Renditen von Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit bis Mitte April auf rund 3,5 % erhöhten.

Zu Beginn der zweiten Jahreshälfte kippte die Stimmung allerdings. Eine wieder zunehmende Unsicherheit ließ die Kapitalmärkte nun auch an der Zahlungsfähigkeit Italiens und Spaniens zweifeln. Hinzu kam die Furcht vor einem Abgleiten in eine weltweite Rezession. Infolgedessen verlor der DAX Ende Juli innerhalb von zwei Wochen knapp ein Viertel seines Wertes und beendete das Jahr 2011 schließlich mit einem Stand von 5.898 Punkten, was gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt einem Rückgang von rund 15 % entspricht. An den Anleihenmärkten rückte im zweiten Halbjahr das Sicherheitsbewusstsein wieder in den Vordergrund. Damit nahm auch die

Nachfrage nach Bundesanleihen wieder deutlich zu, was zu ansteigenden Kursen und fallenden Renditen im Jahresverlauf führte. Nach einem Allzeittief von 1,69 % im September lag die Rendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit am Jahresende bei 1,83 % und hiermit 1,13 Prozentpunkte unter dem Niveau des Vorjahres.

Ausblick 2012

Nach dem kräftigen Wachstum der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2010 und 2011 sind die Aussichten für 2012 angesichts einer sich abschwächenden Weltwirtschaft und der nach wie vor herrschenden Unsicherheiten bezüglich des Fortgangs der Schuldenkrise im Euro-Raum eingetrübt. Sowohl der Außenhandel als auch die Binnennachfrage dürften sich gedämpft entwickeln. Bereits im letzten Quartal des Jahres 2011 ist das wirtschaftliche Wachstum zum Stillstand gekommen. Ab dem zweiten Quartal 2012 wird jedoch wieder mit einem steigenden Wirtschaftswachstum in Deutschland gerechnet, so dass die Stagnation nur von sehr kurzer Dauer sein dürfte. Nach aktuellen Prognosen wird für das Jahr 2012 ein Anwachsen des realen BIP von 0,5 bis 1,0 % erwartet.

Hierfür unabdingbar ist aber eine Entschärfung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum. Sollte die Krise auch im Jahr 2012 andauern oder sich sogar verschärfen, ist mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung zu rechnen. Die Mitte Dezember 2011 von den EU-Staats- und Regierungschefs getroffenen Beschlüsse können hierbei nur ein Teil zur Bewältigung der aktuellen Krise sein. Zur Wahrung der Stabilität im Euro-Raum sind die Implementierung einer nachhaltigen Finanzpolitik und die gleichzeitige Durchführung von Strukturreformen in den einzelnen Ländern erforderlich.

BERICHT DES VORSTANDES

Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft wächst weiterhin dynamisch. Parallel dazu schreitet die Veränderung der Leistungserbringung voran. Insbesondere ist der Trend zu einer Ambulantisierung der Hilfen ungebrochen.

Gleichzeitig werden immer dringender Antworten auf die Frage nach einer langfristig hinreichenden Finanzausstattung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sowie nach der Sicherstellung quantitativ und qualitativ ausreichender Personalressourcen benötigt. Die von der Politik ergriffenen Maßnahmen bleiben Stückwerk. Grundlegende Probleme wurden auch in 2011 nicht angegangen.

Dennoch befinden sich zentrale Sektoren der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in einer Phase der elementaren Neuordnung der Leistungsparadigmen. Für die in diesen Geschäftsfeldern tätigen Unternehmen ist damit die Herausforderung verbunden, die Veränderungsprozesse zu erkennen und ihre Angebote sowie ihr Geschäftsmodell entsprechend auszurichten.

Wachstum der Geschäftsfelder setzt sich fort

In den meisten Sektoren der Sozial- und Gesundheitswirtschaft expandiert das Leistungsvolumen weiterhin kräftig. So ist die Anzahl der Leistungsempfänger der Sozialen und Privaten Pflegeversicherung zwischen 2008 und 2010 um 8,3 % gestiegen.³ Im gleichen Zeitraum legten die stationären

Krankenhausfälle um 2,9 % zu.⁴ Im Bereich der Eingliederungshilfe stieg die Zahl der Leistungsberechtigten im stationär betreuten Wohnen um 2,1 %, im ambulant betreuten Wohnen um 33,9 %, in Werkstätten um 6,4 % und in Tagesförderstätten um 9,6 %.⁵ Die Zahl der in Kindergärten, -krippen und -horten betreuten Kinder erhöhte sich zwischen 2008 und 2010 um 2,0 %⁶; im Bereich der Erziehungsheime und der sonstigen betreuten Wohnformen der Erziehungshilfe betrug der Zuwachs der begonnenen Hilfen 7,8 %.⁷ Für diese und weitere Geschäftsfelder der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist auch in den kommenden Jahren mit einer Ausweitung des Leistungsgeschehens zu rechnen.

In anderen Sektoren wiederum ist ein – zumindest vorübergehender – Rückgang von Leistungen festzustellen. So ist die Fallzahl im Bereich der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen von 2008 bis 2010 um 1,7 % gesunken.⁸ Auch stellt sich die Situation hinsichtlich des Auf- und Abbaus verschiedener Leistungsangebote auf lokaler Ebene sehr unterschiedlich dar. Insbesondere ist die Entwicklung des regionalen Leistungsmixes abhängig von der jeweiligen Bevölkerungsentwicklung – in Entleerungs- und Ballungsräumen sind divergente Trends zu beobachten.

Veränderung in den Leistungsformen schreitet voran

Schon seit Jahren wirken die Gesetzgebung und die öffentlichen Finanzierungsträger auf eine Veränderung der

³ vgl. Bundesministerium für Gesundheit: Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung am Jahresende nach Leistungsarten. Verband der Privaten Krankenversicherung: PKV-Zahlenbericht 2010/2011

⁴ vgl. Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Krankenhäuser 2010

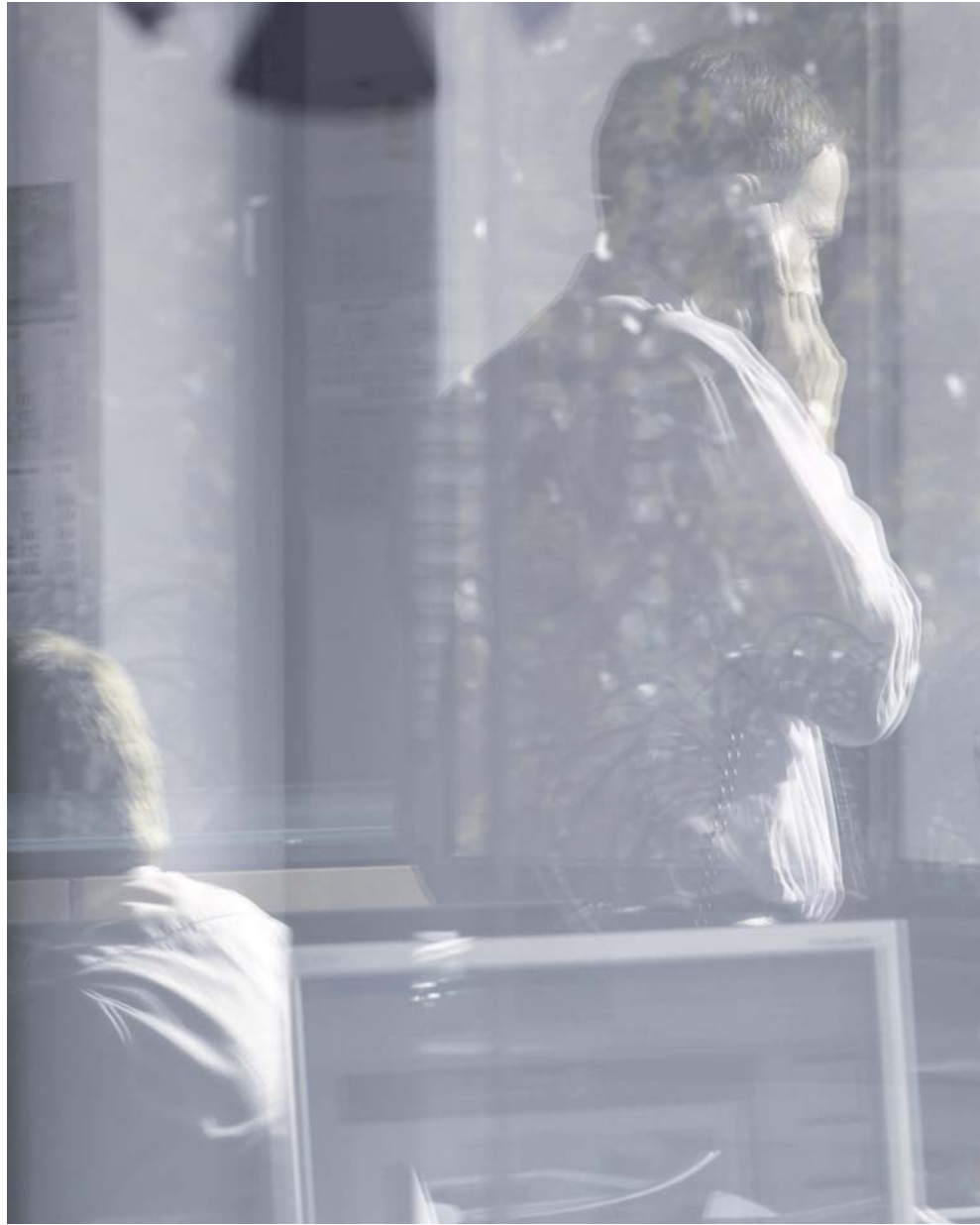
⁵ vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe / con_sens Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH: Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2010

⁶ vgl. Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe –

Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2011

⁷ vgl. Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige: Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform, 2010

⁸ vgl. Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen





Leistungserbringung in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft hin. Im Fokus steht insbesondere die Ambulantisierung der Hilfen. Die Steuerungsmaßnahmen sind vielfältig. Zu nennen ist beispielsweise für den Pflegesektor das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz von 2008 (mit u. a. einer Anhebung der Leistungssätze für ambulante Pflegesachleistungen, teilstationäre Tages- und Nachtpflege sowie Kurzzeitpflege und der Einrichtung von Pflegestützpunkten). Im Krankenhausbereich war das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz von 2007 von entscheidender Bedeutung (Erweiterung des Spektrums der ambulanten Leistungserbringung durch Krankenhäuser). Für den Sektor der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung sollte ein neuer Maßstab gesetzt werden durch die Einführung des Persönlichen Budgets im SGB IV zum 1. Januar 2008. Auch Bund, Länder und Kommunen wirken zunehmend auf eine Veränderung der sozialen Infrastruktur hin.

An den aktuell verfügbaren Daten über das Leistungsgeschehen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft lässt sich ablesen, dass diese Steuerungsmaßnahmen zunehmend wirksam werden. So hat sich im Bereich der Sozialen Pflegeversi-

cherung die Verteilung der neu zugewandenen Leistungsempfänger auf die verschiedenen Anspruchskategorien in den letzten Jahren deutlich verschoben. Während im Jahr 2007 – also vor Inkrafttreten des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes – im Jahresdurchschnitt noch 37,0 % der Neuzugänge eines Jahres ausschließlich die vollstationäre Dauerpflege in Anspruch genommen haben, reduzierte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2010 auf 11,8 %. Parallel dazu stieg der Anteil der Leistungsempfänger in der aggregierten Kategorie der ambulanten Pflegesachleistung, der Kombinationsleistung (aus ambulanter Pflegesachleistung und Pflegegeld), der Urlaubspflege, der teilstationären Tages- oder Nachtpflege und der vollstationären Kurzzeitpflege von 40,9 % in 2007 auf 63,0 % in 2010. Der Anteil der reinen Pflegegeldempfänger unter den Neuzugängen in der Sozialen Pflegeversicherung lag im Zeitraum von 2007 bis 2010 relativ konstant zwischen 20 % und 30 %.⁹

Im Bereich der medizinischen Rehabilitation verteilten sich die von der Deutschen Rentenversicherung finanzierten, abgeschlossenen Maßnahmen im Jahr 2000 noch zu 97 % auf

⁹ vgl. Bundesministerium für Gesundheit: Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung im Jahresdurchschnitt nach Leistungsarten

stationäre und zu 3 % auf ambulante Maßnahmen; im Jahr 2009 betrug dieses Verhältnis rund 88 % (stationär) zu 12 % (ambulant).¹⁰ Im Krankenhaussektor steht ein Zuwachs der Anzahl stationärer Krankenhaufälle zwischen 2005 und 2010 um 9,0 % einer Expansion der Ambulanten Operationen (nach § 115 b SGB V) um rund 36 % gegenüber.¹¹ Und im Bereich des Wohnens für Menschen mit Behinderung werden seit 2005 rein rechnerisch neun von zehn Neuzugängen ambulant betreut.¹²

Es ist zu erwarten, dass Gesetzgebung und Kostenträger diese Entwicklung künftig weiter forcieren werden. Deutlich wird dies beispielsweise in dem zum 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstrukturgesetz), in den Eckpunkten des in der aktuellen politischen Diskussion stehenden Entwurfs eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung sowie in den Leitlinien der öffentlichen Kostenträger zur Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung.

Nachhaltige Verbesserungen der finanziellen Rahmenbedingungen nicht in Sicht

Infolge der guten konjunkturellen Entwicklung sowie aufgrund kurzfristig wirksamer einnahmen- und ausgabenseitiger Reformen hat sich die Haushaltslage der Sozialversicherungen sowie von Bund, Ländern und Gemeinden in 2011 entspannt. Eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist aus dieser Entwicklung aber nicht abzuleiten.

Das System der Gesetzlichen Krankenversicherung verzeichnete in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 zusammen genommen einen Überschuss von 5,3 Milliarden Euro.¹³ Zu dem positiven Finanzergebnis trugen maßgeblich die steigenden Beitragseinnahmen des Gesundheitsfonds bei.

Ausschlaggebend hierfür waren die Anhebung des allgemeinen Beitragssatzes von 14,9 % auf 15,5 % zum 1. Januar 2011 sowie die positive Entwicklung bei der Beschäftigung und den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsentgelten. Aber auch die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenkassen stiegen von Januar bis September 2011 nur moderat an (+ 2,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum).¹⁴ Dämpfend auf die Ausgabenentwicklung wirkte insbesondere das zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG). Dagegen hat sich das Wachstum der Ausgaben für die Krankenhausbehandlung gegenüber dem Vorjahr beschleunigt. Für 2012 geht der Schätzerkreis für die Gesetzliche Krankenversicherung von einem insgesamt ausgeglichenen Finanzergebnis aus.¹⁵

Die momentan gute finanzielle Situation der Gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor kein nachhaltiges Konzept für die mittel- bis langfristig großen Herausforderungen in diesem Sozialversicherungszweig existiert – weder für die Ausgaben- und schon gar nicht für die Einnahmenseite. Im Gegenteil ist sogar zu erwarten, dass sich die ebenfalls zur Gesundheitsreform 2010¹⁶ gehörende Finanzierung zukünftiger Ausgabensteigerungen mittels einkommensunabhängiger Zusatzbeiträge (inkl. steuerfinanziertem Sozialausgleich) verzögert oder sogar niemals realisieren wird. Denn eine flächendeckende Einführung von Zusatzbeiträgen ist aufgrund der aktuell üppigen Finanzausstattung vieler Gesetzlicher Krankenkassen zumindest bis einschließlich 2013 nicht zu erwarten.¹⁷ Darüber hinaus ist aufgrund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte mit einer Reduktion der gewährten Zuschüsse zu dem Gesundheitsfonds zu rechnen.

Die Soziale Pflegeversicherung erzielte im Gesamtjahr 2011 einen Überschuss in Höhe von etwa 300 Mio. EUR.¹⁸ Es wird jedoch erwartet, dass zu dem gegenwärtigen Beitragsniveau bereits in dem Jahr 2012 eine Deckung der Leistungsausgaben durch die Beitragseinnahmen der Sozialen Pflege-

¹⁰ vgl. Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zeitreihen 2011 – Abgeschlossene Leistungen zur Rehabilitation

¹¹ vgl. Deutsche Krankenhausgesellschaft: Krankenhausstatistik, Stand 05.12.2011

¹² vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe / con_sens Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH: Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2010

¹³ vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Dezember 2011

¹⁴ vgl. Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 16.01.2012

¹⁵ vgl. Bundesversicherungsamt: GKV-Schätzerkreis: Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds decken auch 2012 die Ausgaben der GKV Pressemitteilung vom 12.10.2011

¹⁶ Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinG), in Kraft seit 01.01.2011

¹⁷ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2011/2012

¹⁸ vgl. Interview von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 26.02.2012 und veröffentlicht unter <http://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/presse/interviews/es-gibt-aerzte-die-sehr-gut-verdienen.html> (abgerufen am 29.02.2012)

versicherung nicht mehr erreicht werden kann.¹⁹ Denn Anfang 2012 erfolgte die nächste Erhöhung der Leistungssätze um durchschnittlich 2,0 %. Zum 1. Januar 2013 könnte der Beitragssatz um 0,1 Beitragssatzpunkte angehoben werden. So sieht es der Entwurf des Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung vor. Jedoch würden die zusätzlichen Einnahmen allerhöchstens dafür ausreichen, die Mehrkosten der geplanten Leistungsverbesserungen dieser Pflegereform zu finanzieren.²⁰

Aufgrund der sich abzeichnenden Defizite wird auch die Liquiditäts-Rücklage der Sozialen Pflegeversicherung voraussichtlich in dem Jahr 2015 aufgebraucht sein.²¹ Es kann davon ausgegangen werden, dass sich diese bereits andeutenden Schwierigkeiten der Sozialen Pflegeversicherung hinsichtlich einer ausreichenden Finanzierung des Pflegebedarfs mittel- bis langfristig weiter verstärken werden. Hierfür spricht vor allem die demographisch bedingt ungünstige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern. Ein nachhaltiges Finanzierungskonzept für die Soziale Pflegeversicherung lässt die Politik bisher vermissen. Wie sich aber zeigt, ist die Lösung der Finanzierungsfrage die Voraussetzung für notwendige Reformen auf der Leistungsseite, z. B. für die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes und eine adäquate Dynamisierung der Leistungen.²²

Neben den Sozialversicherungen sind die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen eine wichtige Finanzierungsquelle für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft. In den letzten Jahren sind die Schuldenberge der Gebietskörperschaften dramatisch angewachsen. Aufgrund der bestehenden Verschuldung, der rechtlich vorgegebenen Schulden-Limits (Maastricht-Vertrag und Schuldenbremse des Grundgesetzes) sowie der verhaltenen Perspektiven für die staatlichen Einnahmen, ist das Ausgabenpotenzial der Gebietskörperschaften mittel- bis langfristig erheblich eingeschränkt.

Die Finanzschwäche der öffentlichen Hand wird aber nicht die für viele Sektoren der Sozial- und Gesundheitswirt-

schaft absehbaren Bedarfszuwächse verhindern. Eine Schrumpfung der Geschäftsfelder wird nicht die Konsequenz sein. Jedoch werden die Kostenträger ihre Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung weiter verstärken. Zu diesen Maßnahmen gehören die Eindämmung der Fallzahlen- und Fallkostensteigerung, die Verstärkung der Personenzentriertheit der Leistungsfinanzierung, die Intensivierung des Preis- und Qualitätswettbewerbs sowie die Wandlung von kostenorientierten zu wirkungsorientierten Leistungsentgelten. Für die Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gehen diese Maßnahmen mit einem steigenden Druck zur Rationalisierung und insbesondere zur Anpassung des Leistungsportfolios sowie der Leistungsprozesse einher.

Ausblick

Die Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Aufgrund des demographischen Wandels und gesellschaftlicher Veränderungen wird die Nachfrage nach Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen stetig zunehmen. Gleichzeitig verengen sich die finanziellen und personellen Ressourcen für die Aufgabenbewältigung in teils dramatischem Ausmaß. Diese Situation wird nur zu beherrschen sein mit effektiveren, effizienteren und zugleich bedarfsgerechteren Versorgungssystemen. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass ein weiterer Ausbau der bestehenden Versorgungsstrukturen keine dauerhafte Lösung sein kann. Vielmehr werden Versorgungssysteme benötigt, die ein personen- und sozialraumbezogenes Verknüpfen aller bedarfsnotwendigen professionellen Leistungen und informeller Hilfen leisten.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit müssen die Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft diese Veränderungsprozesse erkennen und ihre Angebote sowie ihr Geschäftsmodell entsprechend ausrichten.

Als Partner von innovativen und pro-aktiven Unternehmen werden sich auch für Banken weiterhin hervorragende Geschäftspotenziale in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bieten.

¹⁹ vgl. Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2011/2012

²⁰ vgl. Bundesministerium für Gesundheit (BMG): Eckpunkte zur Umsetzung des Koalitionsvertrages für die Pflegereform, 16.11.2011

²¹ vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Karenzzeit, „Pflege-Riester“, Bürgerversicherung – Was hilft weiter?, in DIW Wochenbericht Nr. 39.2011

²² vgl. Rothgang, Heinz: Reformoptionen und Reformsackgassen. In: Wirtschaftsdienst 10/2011



BERICHT DES VORSTANDES

Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2011 hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre erfreuliche Geschäftsentwicklung ungebrochen fortgesetzt. Die Folgen der Finanzmarkt- und Euro-Staatenkrise wirkten auf das Wachstum des Instituts wie bereits im Vorjahr beschleunigend. Das Betriebsergebnis konnte um 13,7 % auf 87,4 Mio. EUR gesteigert werden. Der Jahresüberschuss liegt mit 53,6 Mio. EUR um 2,3 % höher als im Vorjahr. Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum 31.12.2010 um 4,1 % auf 6,28 Mrd. EUR. Damit war 2011 für die Bank für Sozialwirtschaft AG das erfolgreichste Geschäftsjahr seit der Gründung des Instituts im Jahr 1923.

Aktivgeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 17,4 Mio. EUR auf 14,1 Mio. EUR. Fällige Schuldverschreibungen wurden nicht prolongiert.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 11,6 % auf 3.882,8 Mio. EUR. Wie in den Vorjahren entfiel ein großer Teil der Steigerung auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen. Die Nachfrage blieb über das Gesamtjahr 2011 ungebrochen hoch. Die Forderungen an Kunden verteilen sich nach Restlaufzeiten bis 5 Jahre auf 1.232,3 Mio. EUR (im Vorjahr 1.065,0 Mio. EUR) und über 5 Jahre auf 2.650,5 Mio. EUR (im Vorjahr 2.413,4 Mio. EUR).

Das starke Kreditwachstum im Berichtsjahr ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Zum einen wurden die Kreditvergabebedingungen der Bank für Sozialwirtschaft AG im Marktvergleich besser angenommen, u. a. weil eine Reihe anderer Kreditinstitute die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft infolge der Finanzmarktkrise weniger offensiv angesprochen hat als in früheren Jahren. Zum anderen haben das langjährige Engagement der Bank in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, ihre Expertise und ihre qualitativ hochwertigen

gen Instrumente (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse) dazu geführt, dass sie in diesem Markt noch mehr als in den Vorjahren als zuverlässiger Partner wahrgenommen wurde.

Der Wertpapierbestand am Bilanzstichtag war mit 2.134,6 Mio. EUR um 19,1 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr. Hier wurden auslaufende Fälligkeiten von Wertpapieren teilweise nicht ersetzt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen blieben mit 20,0 Mio. EUR unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Die Treuhandkredite lagen mit einem Volumen von 175,1 Mio. EUR nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau (2010: 175,0 Mio. EUR). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert. Die Schwankungen sind stichtagsbedingt.

Der Buchwert für Immaterielle Anlagewerte reduzierte sich im Berichtsjahr um 7,3 % auf 15,7 Mio. EUR. Die Neuinvestitionen u. a. im Rahmen der SEPA-Einführung und des Customer Relationship Managementsystems SAP CRM fielen im Berichtsjahr geringer aus als die Abschreibungen auf bestehende Systeme.

Der Buchwert für Sachanlagen ging um 1,8 % auf 24,0 Mio. EUR zurück. Im Berichtsjahr überstiegen die planmäßigen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude die Neuinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die vor allem im Zuge der Modernisierung und Erweiterung des EDV-Netztes anfielen.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände stiegen stichtagsbedingt um 9,2 % auf 11,0 Mio. EUR (im Vorjahr 10,1 Mio. EUR).

Passivgeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Geschäftsjahr 2011 um 1,3 % auf 1.817,9 Mio. EUR reduziert. Der Erhöhung der täglich fälligen Verbindlichkeiten um 47,9 Mio. EUR standen Rückführungen der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit von 72,6 Mio. EUR gegenüber. Fällige Refinanzierungen wurden nicht prolongiert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 4,7 % auf 3.762,7 Mio. EUR. Die Steigerung entfiel auf die Festgelder (+ 27,3 % auf 1.409,7 Mio. EUR). Die täglich fälligen Einlagen sanken um 5,3 % auf 2.296,8 Mio. EUR. Die Entwicklungen sind vor allem dadurch begründet, dass aufgrund des niedrigen Zinsniveaus im kurzfristigen Bereich in erheblichem Umfang täglich fällige Einlagen in Festgelder umgeschichtet wurden.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten verringerten sich im Vorjahresvergleich um 82,2 % auf 94,5 TEUR. Das ist auf Fälligkeiten der bankeigenen Schuldverschreibungen zurückzuführen.

Die Rückstellungen wurden um 21,9 % auf 21,6 Mio. EUR reduziert. Die Veränderungen ergaben sich vor allem bei den Steuerrückstellungen.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten wurden zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals um 68,4 % auf 144,5 Mio. EUR erhöht.

Das Genussrechtskapital verblieb mit 26,7 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Haftendes Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage blieben im Berichtsjahr konstant bei 36,4 Mio. EUR bzw. 43,3 Mio. EUR.

Die Gewinnrücklage ist um 43,95 Mio. EUR auf 181,95 Mio. EUR erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2010 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2011 beträgt damit 261,6 Mio. EUR.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserve zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnten die Bank für Sozialwirtschaft AG und die Institutsgruppe im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 12.566 TEUR verbunden (bis zum Zehnfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 %) berechneten Garantiefondsbeiträge).

Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer betrug zum Bilanzstichtag 1,58 (Mindestwert 1,00).

Ertragslage

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge in Höhe von 132.364 TEUR konnte im Vergleich zum Vorjahr um 12,6 % gesteigert werden. Dieses Ergebnis ist vor allem auf erfreuliche Ergebnisse im Kundengeschäft sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite zurückzuführen. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch günstige Refinanzierungsbedingungen und ein niedriges Zinsniveau.

Die Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen verringerten sich um 9,3 % auf 3.539 TEUR. Die Veränderung ist auf Neuinvestitionen bei weiterhin positiver Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft bzw. der verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

Das Provisionsergebnis ist um 6,6 % auf 4.151 TEUR gestiegen, insbesondere durch höhere Erträge im Wertpapiergeschäft.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 7,2 % auf 48.372 TEUR. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vorrangig durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 9,4 % auf 28.707 TEUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 4,0 % auf 19.665 TEUR. Die

Kostensteigerung entfiel im Wesentlichen auf gestiegene Pflichtbeiträge an den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Betriebsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 13,7 % auf 87.422 TEUR erneut deutlich gesteigert werden.

Das Bewertungsergebnis belief sich insgesamt auf -10.801 TEUR. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Im Zuge der Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen und durch den zu erwartenden Umbau der Sozialen Sicherungssysteme muss bezogen auf das Gesamtportfolio mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch die hohe öffentliche Regulierung und die geringe Konjunkturabhängigkeit des Nachfrageverhaltens in diesen Branchen jedoch nach wie vor gering. Im Wertpapiergeschäft wurde aufgrund der Kursentwicklungen ein negatives Ergebnis erzielt.

Die gewinnabhängigen Steuern beliefen sich auf 23.067 TEUR (Vorjahr 23.627 TEUR).

Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.192 TEUR und liegt für das Geschäftsjahr 2011 bei 53.555 TEUR.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 43.100 TEUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Vor dem Hintergrund des sehr guten Geschäftsergebnisses 2011 soll eine Dividende in Höhe von 12,00 EUR pro Stammaktie sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von 3,00 EUR pro Stammaktie gezahlt werden.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 4 TEUR angesetzt werden.



Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft AG in Form von Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken. Das Liquiditätsrisiko ist für die Bank für Sozialwirtschaft AG von untergeordneter Bedeutung, da das Institut aufgrund seiner kontinuierlichen Geschäftspolitik langjährige Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Partnerbanken unterhält. Das Länderrisiko spielt für die Bank für Sozialwirtschaft AG eine geringfügige Rolle.

Sowohl quantitativ (Solvabilitätskoeffizient) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte

Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Rating-systems, das auf die Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II ausgerichtet ist. Für die Bewertung der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank mit dem Ratingsystem der WGZ-Bank. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Das Kreditportfolio der Bank für Sozialwirtschaft AG weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft AG mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkenntnis und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemkreditbearbeitung.



Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank vor allem auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie auf Kursrisiken im Wertpapiergeschäft. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potenziellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch die Abteilung Treasury der Bank gewährleistet. Es erfolgt eine regelmäßige Planung des Liquiditätsgrundsatzes mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Die Finanzmarkt- und Euro-Staatenkrise hat die Entwicklung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kaum beeinträchtigt. Dabei spielte der hohe Anteil an Finanzierung durch Transfer- und Versicherungsleistungen ebenso eine Rolle wie die relativ konjunkturunabhängige Nachfrage. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Hierbei spielen die zu erwartenden weiteren Reformen der Sozialen Sicherungssysteme ebenso eine Rolle wie die Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich die Reduzierung der Zuwendungen der öffentlichen Hand zur Finanzierung von Leistungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft fortsetzen wird. Als Konsequenz daraus wächst unter anderem der Bedarf an Leistungen des Bank- und Kapitalmarkts, insbesondere an Krediten. Zudem steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

Daher werden die bereits etablierten Analyse-Instrumentarien der Bank für Sozialwirtschaft AG zur differenzierten Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der zu finanzierenden Unternehmen immer weiter verfeinert und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank über die Veränderungen der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kontinuierlich in Kenntnis gesetzt. Ziel ist es, nicht nur eine risikoadäquate Bepreisung der Kredite vorzunehmen, sondern auch durch eine regelmäßige Kommunikation über wesentliche wirtschaftliche Kennziffern des Kunden eine langfristig erfolgreiche Geschäftsbeziehung zu begründen. Strategisches Ziel der Bank für Sozialwirtschaft AG ist ein qualitatives und quantitatives Wachstum.

Im Hinblick auf die regulatorischen Anforderungen durch Basel III/CRD IV werden für die Bank für Sozialwirtschaft AG auf der Basis der Bilanzplanung Hochrechnungen durchgeführt. Diese ergeben, dass die Eigenkapitalausstattung der



Bank in den nächsten Jahren auch unter Berücksichtigung der verschärften Regelungen ausreichend sein wird. Die Bank ist bestrebt, ihre Kreditvergabebedingungen trotz der zu erwartenden höheren Eigenkapital- und Risikokosten möglichst nicht zu verschärfen.

In Zukunft ist mit einer weiterhin hohen Kreditnachfrage zu rechnen. Auch wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft voraussichtlich verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen, u. a. um das veränderte Finanzungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Im Berichtsjahr hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Strategie, hier frühzeitig adäquate Angebote zu machen, weiter verfolgt. Ende 2011 wurde die Emissionsphase des zweiten Mezzanine-Fonds abgeschlossen, der speziell auf den Bedarf der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zugeschnitten ist. Der Mezzanine-Fonds stellt mittelständischen Unternehmen dieser Branchen echtes Eigenkapital für die Erweiterungs- und Wachstumsfinanzierung zur Verfügung. Das Kapital wird generiert, indem Anlegern eine Kommanditbeteiligung an einem geschlossenen vermögensverwaltenden Fonds angeboten wird. Kontinuierlich erweitert wird zudem das über das 100%ige Tochterunternehmen BFS Service GmbH realisierte Factoring-Angebot. So geht im laufenden Geschäftsjahr eine vereinfachte Factoring-Variante für sonstige Dienstleister im Gesundheitswesen (z. B. Sanitätshäuser, Orthopädie- und Medizintechnik, Krankenhausapotheken) an den Markt.

Im Anlagegeschäft steht weiterhin eine risikoavers orientierte Beratung im Mittelpunkt. Bedingt durch die gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, die für den überwiegenden Teil der Kunden gelten, werden konservative Anlagestrategien auch in Zukunft interessant bleiben. Wachstumspotenzial sieht die Bank insbesondere im Bereich der Vermögensverwaltung.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen und die Umsetzung der Anforderungen zur Realisierung des europäischen Zahlungsverkehrsraums SEPA. Nachdem die Bank im Berichtsjahr die aktive SEPA-Lastschrift eingeführt hat, ist die volle SEPA-Fähigkeit nun erreicht.

Die konsequente strategische Ausrichtung der Bank für Sozialwirtschaft AG bringt es mit sich, dass eine Reihe von internen Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt, die

Ausrichtung aber nicht grundsätzlich verändert wird. Hierzu gehört z. B. die Optimierung der Geschäftsprozesse durch organisatorische Maßnahmen und innovativen Technologieeinsatz. So wurde im Berichtsjahr u. a. zur Vorbereitung der vollen SEPA-Fähigkeit das gesamte SAP-System der Bank im Rahmen eines Releasewechsels auf das neueste Niveau von SAP umgestellt. Zudem wurde die Nutzung des Customer Relationship Managementsystems SAP CRM zur Unterstützung des strategischen Agierens des Marktes vorangetrieben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird für die Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage der Bank in den nächsten beiden Geschäftsjahren eine positive Entwicklung auf stabilem Niveau erwartet. Der Zinsüberschuss wird wesentlich durch die voraussichtlich positive Entwicklung im Kundengeschäft bestimmt. Für den Verwaltungsaufwand wird in diesem Zeitraum mit einer moderaten Steigerung gerechnet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, gab es nicht.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende und das darauf folgende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin und Köln, den 30. März 2012

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt
Dietmar Krüger



BERICHT DES VORSTANDES

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter





Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Erfolg der Bank für Sozialwirtschaft AG ist in erster Linie das Verdienst unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit Leidenschaft und Kompetenz für das Unternehmensinteresse einsetzen.

Unsere anspruchsvollen Ziele und zahlreichen Projekte haben die Beschäftigten vor große Herausforderungen gestellt, die sie mit viel Teamgeist und Engagement gemeistert haben.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Initiative, Energie und Begeisterung. Gleichzeitig möchte der Vorstand alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufrufen, sich auch im laufenden Geschäftsjahr mit ganzer Kraft, Kreativität und Teamgeist an der Weiterentwicklung unseres Unternehmens zu beteiligen und die Chancen von morgen zu nutzen.

Mitarbeiterzahl wächst weiter

Die erfolgreiche Geschäftsentwicklung und die daraus resultierenden wachsenden Aufgaben haben dazu geführt, dass die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum

31. Dezember 2011 im Vorjahresvergleich um 22 auf 351 gestiegen ist. Auch im laufenden Geschäftsjahr werden diese Herausforderungen zu weiteren Neueinstellungen führen.

Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Konditionen und das ansprechende und motivierende Arbeitsumfeld gelingt es uns, auch bei zunehmendem Arbeitgeber-Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte das Interesse neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für unser Haus zu wecken.

Der Verdrängungswettbewerb um die besten Mitarbeiter, der so genannte „war for talents“, wird zunehmend stärker. Die Kunst, sich bei den relevanten Zielgruppen als Arbeitgeber mit Zukunft zu profilieren, gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Über gezieltes Personalmarketing wollen wir unsere Reputation weiter erhöhen und uns als Arbeitgeber differenzieren.

Die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Konstanz unserer Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Daran hat sich im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2011 zahlreiche 10- und 25-jährige Betriebsjubiläen begangen werden.

Diese personelle Stabilität ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Mitarbeiterbefragung als Steuerungsinstrument

Um ihre Einschätzungen und Meinungen umfassend kennenzulernen und in die Weiterentwicklung der Bank einbeziehen zu können, haben wir im Dezember 2011 eine unternehmensweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Damit wollten wir nicht nur erfahren, wie zufrieden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, sondern auch, wie sie die Bank beurteilen und welche Verbesserungsmöglichkeiten sie sehen.

Die Rücklaufquote von 76 Prozent verdeutlicht, dass sich sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Themen der Bank und den Herausforderungen der Zukunft auseinandersetzen. Und so zeigte auch die Auswertung der Befragung eine sehr hohe Leistungsbereitschaft der Beschäftigten.

Grundsätzlich fühlen sich unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft sehr verbunden und sind mit ihrem Arbeitsplatz zufrieden. Die positiven Bewertungen führen zu einem sehr guten Gesamtergebnis des OCI (Organizational Commitment Index) von 82 und damit zu einem außerordentlich hohen Identifikationsgrad.

In den OCI fließen fünf verschiedene Einzelindikatoren für Bindung und Loyalität ein: Gesamtzufriedenheit, Weiterempfehlung des Arbeitgebers, Wiederentscheidung für den Arbeitgeber, eigene Leistungsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitgebers. Wir werten das Ergebnis als wichtiges Indiz dafür, dass es uns gelungen ist, uns als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren.

Gleichzeitig ist fast allen Beschäftigten die zukünftige Ausrichtung des Unternehmens sehr wichtig. Wir sind daher gefordert, unsere Mitarbeiter in Zukunft noch regelmäßiger und detaillierter über Veränderungen in der Bank zu informieren. Gleichzeitig wollen wir in den Bereichen, in denen uns die Rückmeldungen der Beschäftigten auf Verbesserungsbedarf aufmerksam gemacht haben, zielgerichtete Maßnahmen einleiten.

Ausbildung als Investition in die Zukunft

Die Berufsausbildung steht heute vor vielfältigen Herausforderungen. Neue inhaltliche Anforderungen sind in Unternehmen aller Größenordnungen verbreitet und werfen dort Fragen der Qualifizierung auf. Der demographische Wandel führt dazu, dass es zunehmend schwieriger wird, Arbeitsplätze in Unternehmen mit den hierfür qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen. Fachkräftemangel und Qualifikationsengpässe in der betrieblichen Praxis sind schon heute sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Qualifikationen werden in Unternehmen systematisch erstmals im Bereich der Berufsausbildung vermittelt, denn hier wird auch die Grundlage für das Lernverhalten im weiteren Berufsleben gelegt.

Auf die Förderung des eigenen Nachwuchses legen wir in unserem Hause daher traditionell besonderen Wert. Es ist unser Ziel, jungen interessierten Menschen eine qualifizierte sowie nachhaltige Ausbildung zu ermöglichen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 befanden sich daher insgesamt sechs Auszubildende in dem Berufsbild Bankkaufmann in der Ausbildung.

Kontinuierliche Personalentwicklung

Auf Basis von jährlichen Mitarbeitergesprächen werden der individuelle Qualifizierungsbedarf ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung vereinbart. Wie in den Jahren zuvor, haben wir daher auch im Jahr 2011 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Dazu setzen wir sowohl standardisierte als auch individualisierte Trainings ein, um dem Bedarf der jeweiligen Mitarbeiter gerecht zu werden.

Die speziellen Anforderungen unseres Klientels fordern unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern detaillierte Kenntnisse des Marktsegmentes Sozial- und Gesundheitswirtschaft ab. Es ist nicht nur finanzwirtschaftliches Know-how erforderlich, sondern es müssen betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, gesetzliche Rahmenbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische und moralische Grundsätze sowie demographische Prozesse analytisch verknüpft werden, um daraus unseren Kunden unter anderem passgenaue Finanzierungsmodelle zu empfehlen.

Um die Kenntnisse unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter diesen sich ständig verändernden Parametern

aktuell zu halten, sieht unser Personalentwicklungskonzept neben den Basisfortbildungen regelmäßige „Fresh-up-Seminare“ zu Neuerungen in sozial- und gesundheitsrelevanten Themen vor.

Des Weiteren haben wir in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Krankenhausinstitut die Qualifizierungsmaßnahme „BFS-Experte Gesundheitswirtschaft“ aufgelegt. Dieses Qualifizierungsprogramm dient dem systematischen Aufbau von speziell auf das Agieren in der Gesundheitswirtschaft ausgerichteten fachlichen, methodischen und persönlichen Kompetenzen. Lernfortschrittskontrollen sichern den Erfolg und der Abschluss wird zertifiziert.

Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen die Möglichkeit, sich mit Hilfe der finanziellen Studienförderung der Bank in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der Bank übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

Gleichermaßen stellen wir internen Aufstieg über den externen Einstieg. Dabei identifizieren wir die in unserem Haus vorhandenen Potenziale für weiterführende Managementaufgaben und sichern damit eine Entwicklung von Führungskräften aus eigenen Reihen.

Harmonisierung von Beruf und Privatleben

Es ist uns ein besonderes Anliegen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit Möglichkeiten zu bieten, mit deren Hilfe Familie und Beruf in Einklang gebracht werden können. Gemeinsam erarbeiten wir Arbeitsbedingungen und -zeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Hilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Zugleich können sie ihren individuellen Qualifikationsstand erhalten, vertiefen und weiter ausbauen. Ferner bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter untereinander bestehen, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen realisiert, was durch verschiedene Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird. Dass diese Angebote genutzt werden, zeigt die hohe Anzahl von Teilzeitarbeitskräften (2011: 76 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

In diesem Zusammenhang bewährt sich schon seit einigen Jahren das Vertrauensarbeitszeitmodell. Es bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die flexible Handhabung des Arbeitsaufkommens und stets die Gewissheit, dass Mehrarbeit durch Freizeitausgleich eine gerechte Balance findet. Der Bank ermöglicht dieses System den Vorteil, dass die Arbeitskraft des Personals in angemessener Auslastung eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus besteht weiterhin das Angebot eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebsspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiter, die über 55 Jahre alt sind, erhalten damit die Möglichkeit – nach verschiedenen Modellen – die Arbeitszeit zu reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.



BERICHT DES VORSTANDES

Entwicklung der verbundenen Unternehmen

BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH konnte im Geschäftsjahr 2011 zum fünften Mal in Folge ihr Wachstum steigern. Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,3 % auf 7,3 Mio. EUR. Der Gewinn betrug 2,8 Mio. EUR. Das gute Ergebnis ist vor allem auf die Attraktivität der Factoring-Angebote zurückzuführen.

Factoring

Die Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring ist seit einigen Jahren das Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH. Im Rahmen von unechtem Factoring kauft sie auf Rechnung und im Namen der Bank für Sozialwirtschaft AG Forderungen von Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an. Der angekaufte Forderungsbetrag wird bei der Bank für Sozialwirtschaft AG als Forderung an Kunden erfasst und durch die sukzessive eingehenden Zahlungen der Leistungsträger zurückgeführt.

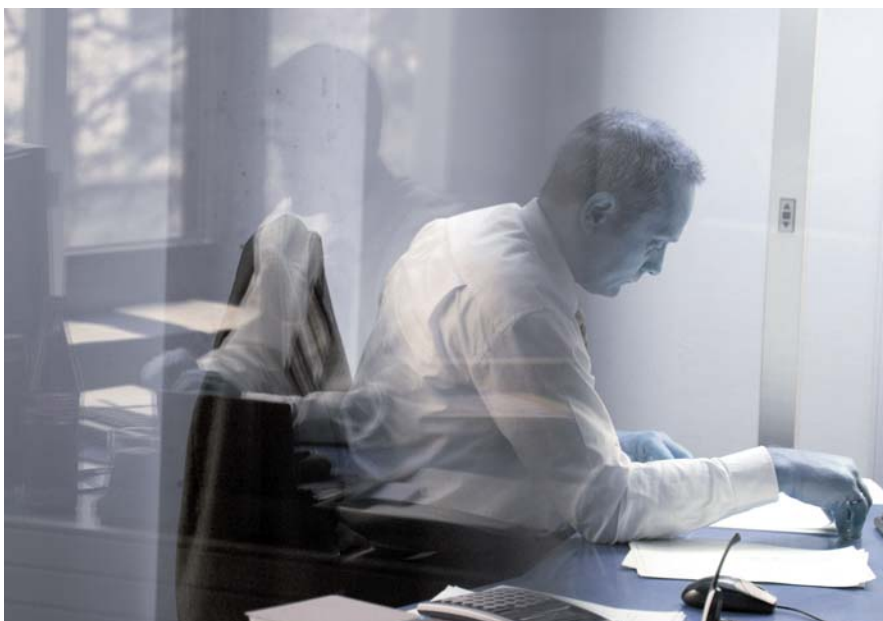
Die wachsende Nachfrage nach dieser Finanzierungsform steht in einem engen Zusammenhang mit der zunehmenden Tendenz der Kostenträger zu einer Verlängerung der Zahlungsziele. Diese bringt einen wachsenden Liquiditätsbedarf mit sich. Dieser Entwicklung begegnet die BFS Service GmbH mit einem flexiblen Leistungspaket, das speziell auf die Einzelbranchen des Sozial- und Gesundheitswesens (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser etc.) zugeschnitten ist.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde Factoring besonders von ambulanten Pflegediensten in Anspruch genommen. Sie allein trugen 4 Mio. EUR zum Umsatz bei. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 32 %. Bei Krankenhäusern und stationären Pflegeeinrichtungen war eine rückläufige Tendenz feststellbar, die durch die Umsatzzuwächse in der ambulanten Altenhilfe kompensiert wurden. Weiterhin konnten Zuwächse im Bereich der Rettungsdienste (+ 21 %) und der Jugendhilfe (+ 18 %) verzeichnet werden.

Ziel der BFS Service GmbH ist es, ihre Leistungen in diesem Segment auszubauen und so weitere Zielgruppen zu erreichen. Im Berichtsjahr wurde daher die Testphase für ein webbasiertes und integratives Factoringverfahren für sonstige Dienstleister im Gesundheitswesen (u. a. Sanitätshäuser, Orthopädie- und Medizintechnik, Logopädie, Krankenhausapotheken, Sprechstundenbedarf, Krankentransporte) erfolgreich abgeschlossen. Unter der Marke „factomat®“ ist das Angebot im Frühjahr 2012 in den Markt gestartet.

BFS Abrechnungs GmbH

Das Leistungsspektrum für Pflegedienste und Sozialstationen wurde seit 2010 durch die Beteiligung der BFS Service GmbH an der BFS Abrechnungs GmbH wesentlich erweitert. Die Dienstleistungen der BFS Abrechnungs GmbH richten sich an Träger mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf, die über ein Abrechnungszentrum abrechnen wollen.



Zum Leistungsspektrum gehören unter anderem die Rechnungsstellung, das Clearing mit den Kassen, das Mahnwesen und die Überweisung aller ausstehenden Forderungen auf Wunsch bereits nach drei Arbeitstagen. Das Angebot kommt dem Bedarf vieler Kunden entgegen, angesichts wachsender Anforderungen seitens der Kostenträger Abrechnungsleistungen an externe Dienstleister auszulagern und zugleich ihre Liquiditätssituation zu verbessern. Außergewöhnlich im Markt der ambulanten Pflege ist die volle Integration der externen Abrechnungsdienstleistung innerhalb einer Branchenlösung.

Die BFS Abrechnungs GmbH konnte ihr erstes vollständiges Geschäftsjahr mit einem Gewinn von 186 TEUR abschließen. Mit rund 450 Kunden liegt die BFS Abrechnungs GmbH heute bereits auf Platz 2 der Abrechnungsunternehmen für ambulante Pflegedienste und Sozialstationen.

Die stetige Nachfrage nach Abrechnungsdienstleistungen wird weiterhin zu einem nachhaltigen Wachstum der BFS Abrechnungs GmbH führen.

Fortbildung

Ihre Marktposition als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft konnte die BFS Service GmbH im Berichtsjahr weiter festigen. Insbesondere die Seminare zu den Themen „Der beste ambulante Pflegedienst“, „Finanz- und Liquiditätsplanung in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen“, „SEPA-Lastschriften für Spenden- und Mitgliedsorganisationen“ und „Aktuelle Umsatzsteuer für soziale Körperschaften“ stießen auf hohe Resonanz. Die meisten Seminarteilnehmer waren an den Standorten Köln und Berlin zu verzeichnen.

Ziel der BFS Service GmbH in diesem Geschäftsbereich ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen und praxisorientiert in Einzelfragestellungen umsetzen. Darin wird sie durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozialwirtschaft verfolgen.

Betriebsvergleiche

Seit vielen Jahren gehören zum Angebot der BFS Service GmbH Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für Menschen mit

Behinderung. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management Hinweise auf Verbesserungspotenziale geben und Veränderungsprozesse in den Einrichtungen anstoßen. Die Betriebsvergleiche haben inzwischen zahlreiche langjährige Nutzer, die den regelmäßigen Überblick über aussagekräftige Daten ihres Unternehmens zu schätzen gelernt haben.

Ausblick

Die BFS Service GmbH hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt. Ein weiteres Wachstum strebt sie durch eine stärkere Differenzierung ihrer Angebote an.

So verfolgt das im Frühjahr dieses Jahres gestartete Angebot „factomat®“ eine Lean-Factoring-Philosophie und strebt die Kostenführerschaft an. Ähnlich wie bei den Direktbanken laufen nahezu alle Geschäftsprozesse internetgestützt und vom Kunden initiiert automatisch ab. Der „factomat®“ kommuniziert mit vorhandenen Branchenlösungen und nimmt Dateien gemäß § 300 und § 302 SGB V für die Vorfinanzierung an. Die Idee dahinter: Die Kunden sollen ein Rezept in sofortige Liquidität umwandeln können – so einfach wie bei einem Geldautomaten.

Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH weiterhin positiv ein: Im Wachstumsmarkt Sozial- und Gesundheitswirtschaft werden die Abrechnungsvolumina für Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich weiter steigen. Auch im Markt der sonstigen Leistungserbringer rechnet die BFS Service GmbH mit einer sehr guten Resonanz. Beides wird zu einem nachhaltigen Umsatz- und Ergebniswachstum beitragen.

Vor diesem Hintergrund ist zum jetzigen Zeitpunkt sowohl für das laufende Geschäftsjahr 2012 als auch für das Geschäftsjahr 2013 von einer erfolgreichen Entwicklung der BFS Service GmbH auszugehen.

IS Immobilien-Service GmbH

Die IS Immobilien-Service GmbH hat im Geschäftsjahr 2011 ihre sehr positive Geschäftsentwicklung fortgesetzt. Zwar ist der Jahresüberschuss 2011 mit 708 TEUR gegenüber dem Vorjahreswert (911 TEUR) gesunken. Wenn der außerordentliche Ertrag des Vorjahres neutralisiert wird, zeigt sich jedoch ein deutlich gesteigertes Betriebsergebnis für 2011 von 873 TEUR (2010: 658 TEUR). Dies ist auf eine Umsatzsteigerung um etwa 13 % zurückzuführen.

In ihrer Gesamtentwicklung profitiert die IS Immobilien-Service GmbH davon, dass sie in erster Linie als Dienstleister für die Bank für Sozialwirtschaft AG tätig ist. Denn das steigende Interesse an den Analysen, Gutachten und Beratungstätigkeiten der IS Immobilien-Service GmbH steht in einem engen Zusammenhang mit der hohen Nachfrage nach langfristigen Finanzierungen von Sozialimmobilien, die das Mutterunternehmen verzeichnet. Vorrangiges Ziel der Dienstleistungen der IS Immobilien-Service GmbH ist die zuverlässige Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben, die über die Bank für Sozialwirtschaft AG finanziert werden.

Standort- und Wettbewerbsanalysen

Sehr deutlich zeigt sich dieser Zusammenhang bei den Standort- und Wettbewerbsanalysen für Pflegeheime. Anfang 2011 wurden hier zwei Produktvarianten eingeführt: eine um wichtige Kriterien erweiterte detaillierte Standort- und Wettbewerbsanalyse für Kunden und ein so genannter „Quick Check“ zur schnellen Einschätzung von Investitionsvorhaben für die Geschäftsstellen der Bank für Sozialwirtschaft AG.

Grundsätzlich werden im Rahmen einer Standort- und Wettbewerbsanalyse u. a. das Pflegekonzept, dessen Passgenauigkeit zur architektonischen Planung und die Stellung des Betreibers am Markt durchleuchtet. In der neuen Version wurde die Analysesystematik noch stärker als bisher auf die in der Praxis relevanten Erfolgsparameter ausgerichtet. Dies wird durch die Implementierung einer Geoinformationssoftware und den Einsatz eines innovativen Bedarfsermittlungsmodells erreicht.

Die Geoinformationssoftware verknüpft ein Datawarehouse für bundesweite mikrogeographische Regionalstatistiken mit Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme stationärer Pflege in einem jeweils definierten regionalen Umfeld. Die Daten können analysiert und in verschiedenen Formen aufberei-

tet werden. Sie bilden zugleich die Basis für das Bedarfsermittlungsmodell, das von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG), einem Institut an der Universität Dortmund, entwickelt wurde. Statt – wie marktüblich – den Bedarf an Pflegeplätzen auf der Basis von allgemein gültigen Pflegequoten zu prognostizieren, nutzt das neue Bedarfsermittlungsmodell die Ist-Zahlen auf lokaler Ebene und kombiniert diese mit den Bevölkerungsstrukturdaten. Die Aussage zum Bedarf wird damit wesentlich qualifizierter. Die neue Analyse ist wegen der vielfältigen Datenquellen und deren spezifischen Verknüpfungen einmalig am Markt.

Entsprechend positiv waren die Erfahrungen im ersten Jahr ihres Einsatzes. Die neue Standort- und Wettbewerbsanalyse wurde in Form von Vorträgen und Publikationen einem breiten Fachpublikum vorgestellt und stieß auf sehr gute Resonanz.

Mit dem „Quick-Check“ wurde den Geschäftsstellen der Bank für Sozialwirtschaft AG ein Instrument an die Hand gegeben, das ihre Reaktionsgeschwindigkeit bei Finanzierungsanfragen für Pflegeheime erheblich beschleunigt. Der „Quick-Check“ ermöglicht einen schnellen Einblick in die Tragfähigkeit eines Investitionsvorhabens und wird innerhalb von fünf Werktagen fertiggestellt. Er ersetzt zwar keine detaillierte Analyse, gibt aber aufschlussreiche Hinweise darauf, ob ein Projekt weiter verfolgt werden sollte. Von den Kundenberatern der Bank für Sozialwirtschaft AG wurde der „Quick-Check“ sehr gut angenommen.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 81 detaillierte Standort- und Wettbewerbsanalysen und 49 „Quick-Checks“ durchgeführt. Damit blieb der Umsatz der IS Immobilien-Service GmbH in diesem Geschäftsfeld auf dem gleichem Niveau wie im Vorjahr.

Beleihungswertgutachten

Auch der Geschäftsbereich der Beleihungswertgutachten etablierte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf dem Niveau des Vorjahres. Es wurden 190 Gutachten mit einem Gesamtvolumen von 820 Mio. EUR erstellt. Auffallend war, dass die Volumina für die einzelnen Beleihungswertgutachten gewachsen sind. Verstärkt wurden größere Objekte mit höheren Werten begutachtet. Auch dies steht in einem engen Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft der Bank für Sozialwirtschaft AG: Im Zuge einer Diversifizierung in der Kreditvergabe wurden z. B. mehr als früher Reha-Kliniken bewertet, dafür weniger Altenpflegeheime.



Die Bewertung von Reha-Kliniken stand demzufolge auch im Mittelpunkt der jährlichen Fortbildung, die die IS Immobilien-Service GmbH für ihre externen Gutachter durchführt. Ziel der Veranstaltung ist die Qualitätssicherung. Die Fortbildung der IS Immobilien-Service GmbH für zertifizierte Gutachter ist von der HypZert anerkannt.

Pflegeimmobilienfonds A.B. SANIGA

Als Berater des Fondsmanagements für den Pflegeheimfonds A.B. SANIGA der Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH hat die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr die Expansion des A.B. SANIGA begleitet. Es wurden verschiedene Projekte angestoßen, für die die Ankaufsverhandlungen derzeit noch laufen. Ein konkreter Ausbau des Portfolios wird im Frühjahr 2012 erwartet.

BFS Mezzanine Fonds

Am 31. Dezember 2011 endete die Emissionsphase des BFS Mezzanine Fonds II, für den die IS Immobilien-Service GmbH im Auftrag der Bank für Sozialwirtschaft AG die Geschäftsführung übernommen hat. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch das Investitionsportfolio geschlossen.

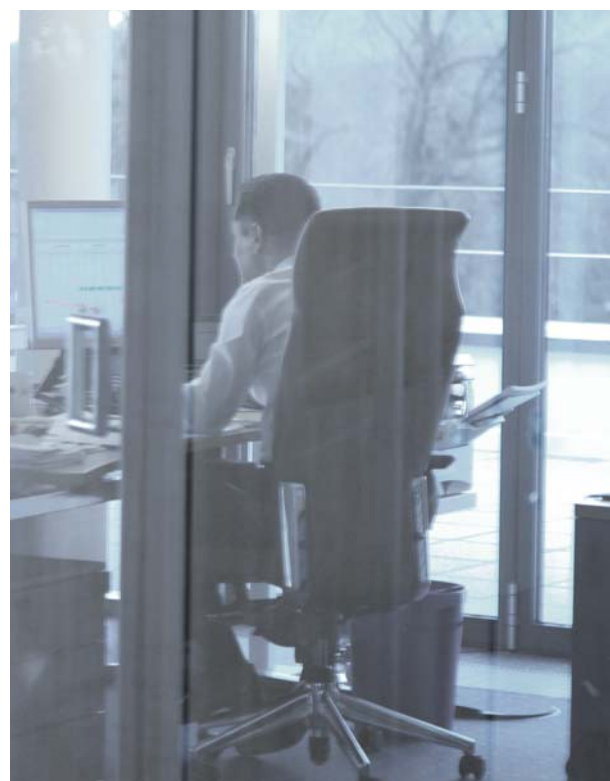
Ebenso wie der erste BFS Mezzanine Fonds ist der BFS Mezzanine Fonds II rechtlich auf die Anforderungen der gemeinnützigen Sozialwirtschaft zugeschnitten. Der Fonds investiert über Genussrechte in sozialwirtschaftliche Unternehmen. Bis Ende 2011 konnte ein ausgewogenes Portfolio zusammengestellt werden.

Anleger können sich als Kommanditisten an einem geschlossenen vermögensverwaltenden Fonds beteiligen. Diese Möglichkeit wird im laufenden Geschäftsjahr weiterhin angeboten.

Ausblick

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 erwartet die IS Immobilien-Service GmbH eine weiter positive Geschäftsentwicklung. Dazu wird nicht nur die nach wie vor starke Nachfrage nach ihren bestehenden Dienstleistungen beitragen, sondern auch eine weiter verbesserte Stellung am Markt durch innovative Produktentwicklungen.

So plant die IS Immobilien-Service GmbH im laufenden Geschäftsjahr die Einführung einer neuen Dienstleistung, die das Thema „Instandhaltungsstau“ in Altenpflegeheimen aufgreift. Ziel ist es, Sanierungsnotwendigkeiten zu erfassen, zu strukturieren, in ein erforderliches Investitionsvolumen zu übersetzen und über einen Finanzierungsplan konkret aufzuzeigen, in welchem Zeitraum der „Instandhaltungsstau“ abgearbeitet werden kann.



BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Mit Blick auf die Veränderungen in der Vorstandsbesetzung durch das pensionsbedingte Ausscheiden des derzeitigen Vorstandes im Jahr 2014 wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr die Entscheidungen für die künftige Besetzung des Vorstandes getroffen. Hiermit wurden wichtige Weichenstellungen beschlossen, um die notwendige Kontinuität zu gewährleisten und die starke Wettbewerbsposition der Bank im Bereich der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiter zu festigen.

Am 20. Juni 2011 haben die Vertreter des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V. im Aufsichtsrat der Bank für Sozialwirtschaft AG gewechselt: Herr Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik, Präsident a. D. des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., und Herr Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident a. D. des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., sind ausgeschieden. Als ihre Nachfolger wurden Herr Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., und Herr

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch, Wirtschaftsprüfer, Dresden, in den Aufsichtsrat berufen.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei Herrn Kottnik und bei Herrn Dr. Teske für die engagierte Zusammenarbeit. Als langjähriges Aufsichtsratsmitglied und mehrfach auch als Aufsichtsratsvorsitzender hat insbesondere Herr Dr. Teske die Arbeit des Aufsichtsrates über viele Jahre wesentlich beeinflusst.

Der Jahresabschluss 2011 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

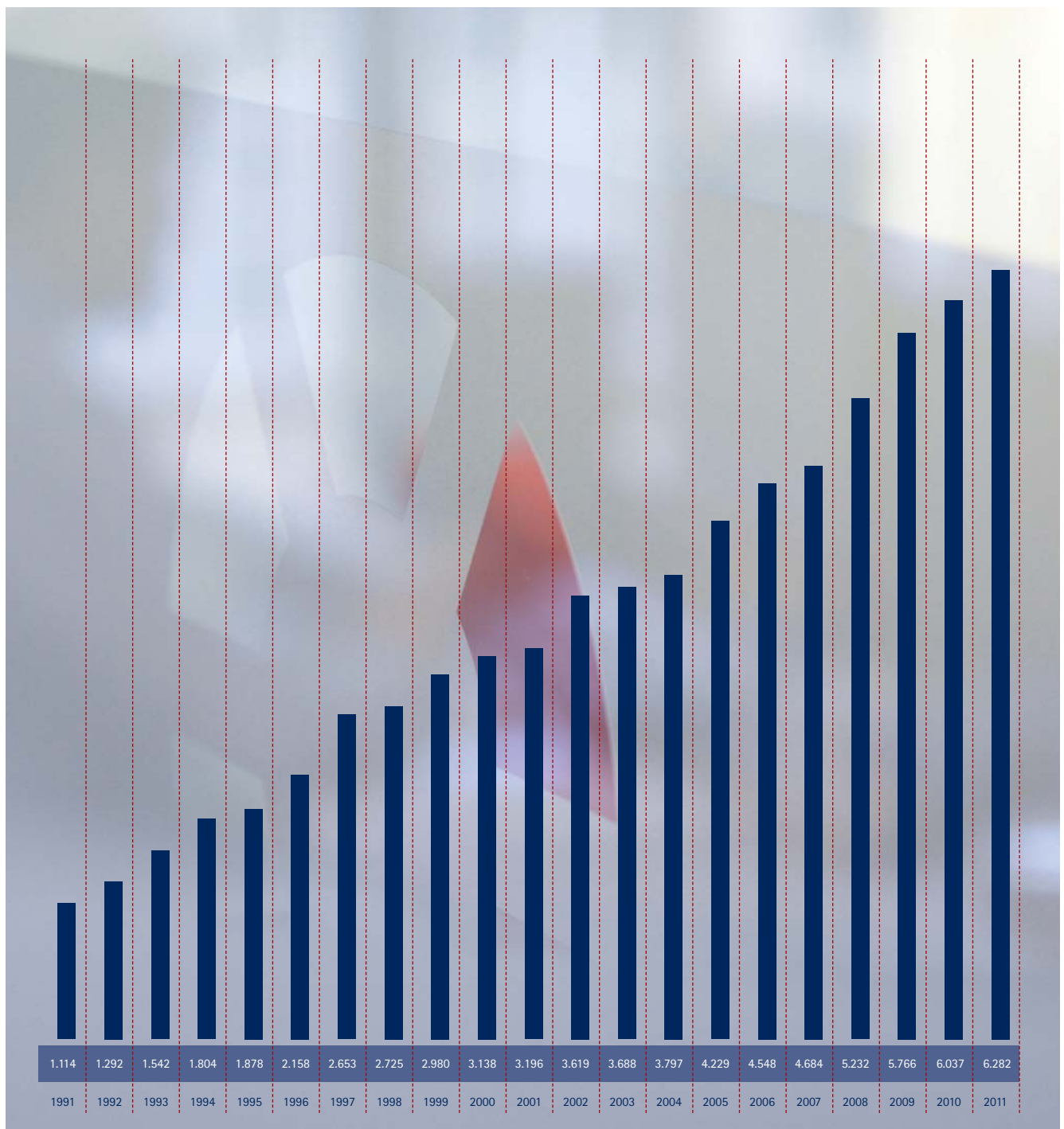
Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2011. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Mainz, den 2. Mai 2012

Der Aufsichtsrat

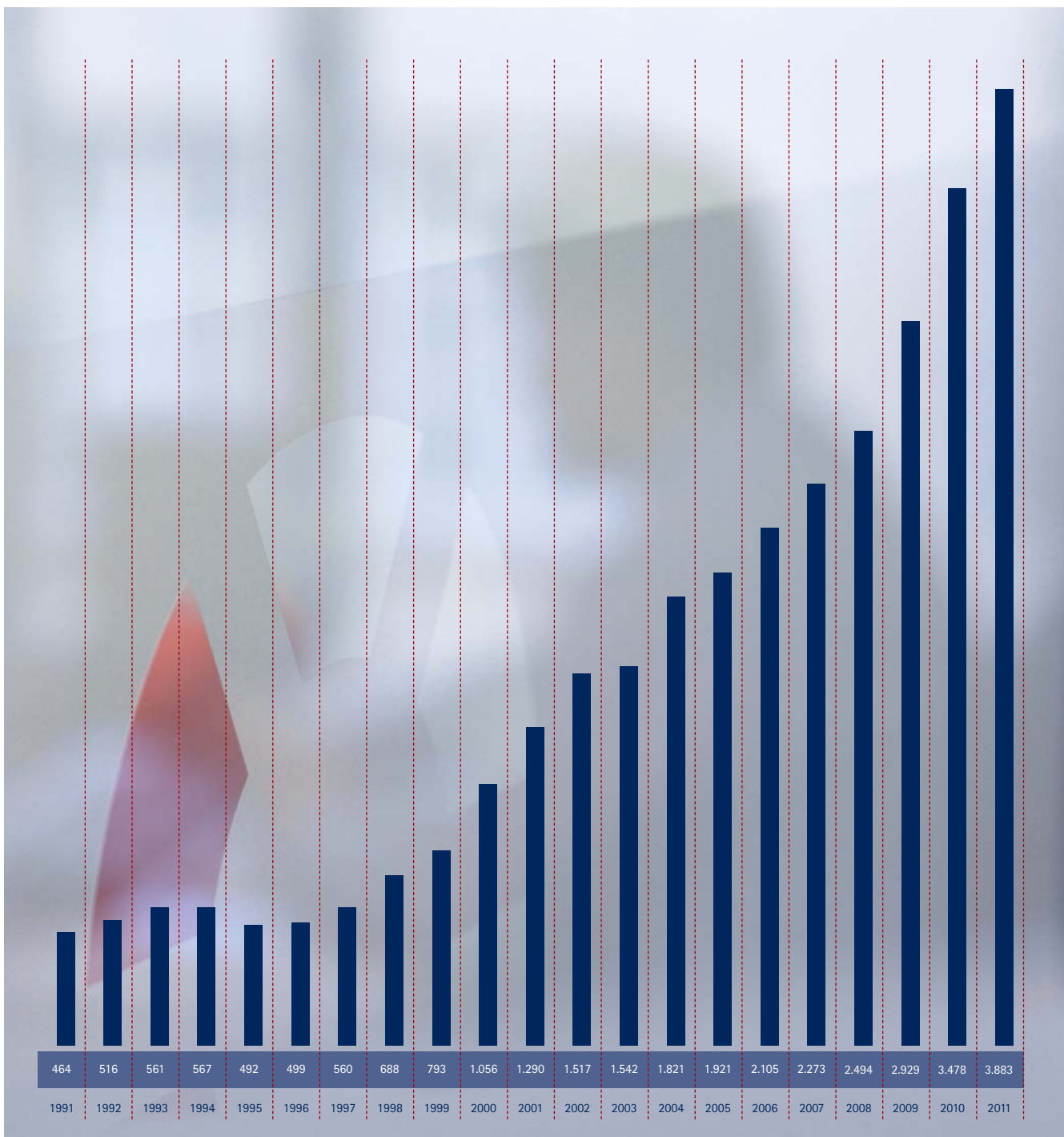
BILANZ- SUMME

in Millionen Euro



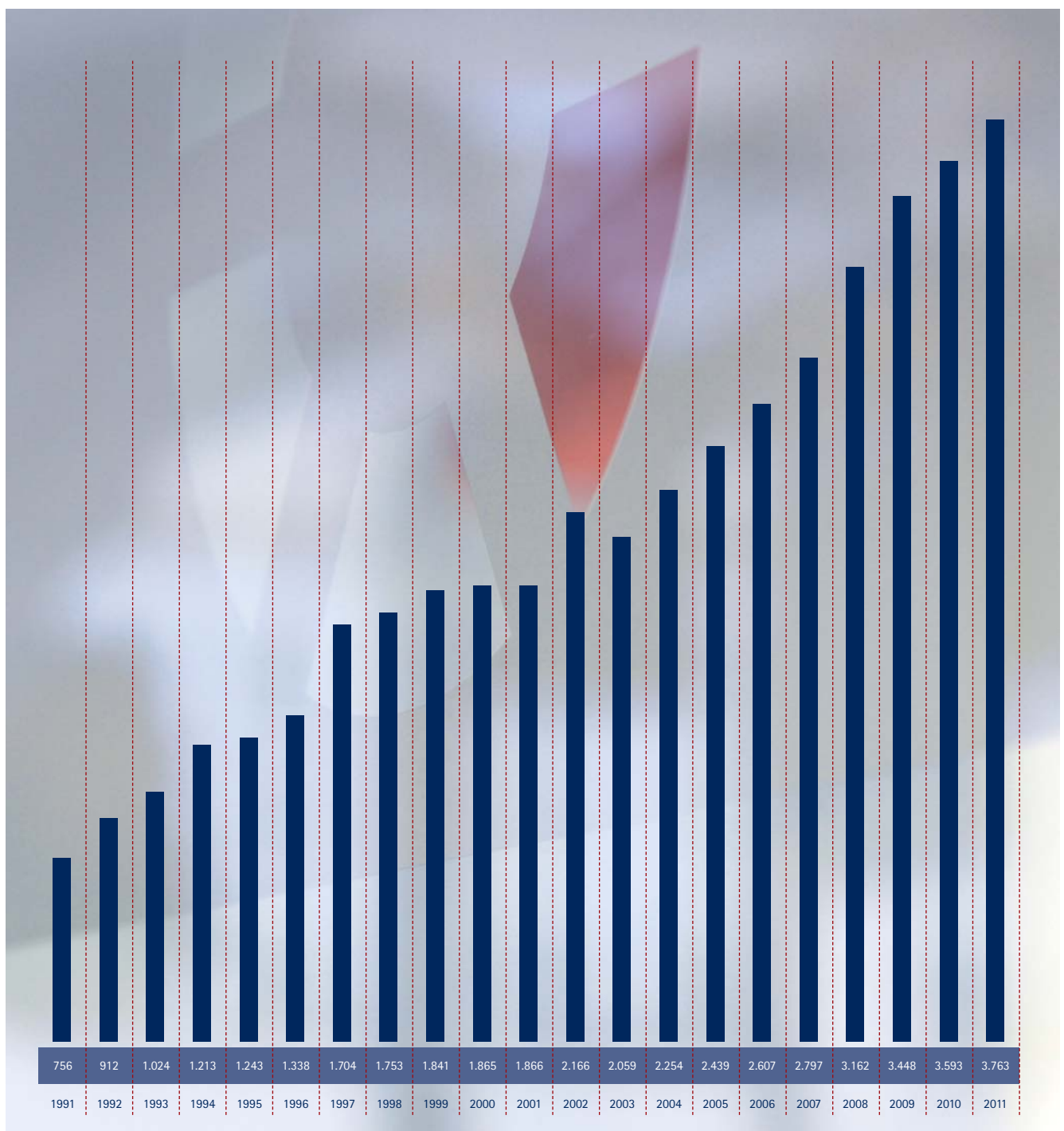
KUNDEN- KREDITE

in Millionen Euro



KUNDEN- EINLAGEN

in Millionen Euro



JAHRESBILANZ

zum 31. Dezember 2011 der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		604.686,58		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		0,00		
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	0,00			
c) Guthaben bei Postgiroämtern		-,-	604.686,58	123.203
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-	-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		3.952.107,57		
b) andere Forderungen		10.135.241,39	14.087.348,96	31.465
4. Forderungen an Kunden			3.882.772.861,55	3.478.426
darunter: durch Grundpfandrechte gesicherte Kommunalkredite	1.068.019.279,60 65.278.943,36			(1.016.535) (277.141)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		647.244.377,09		348.932
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	647.244.377,09			(348.932)
bb) von anderen Emittenten		1.444.229.264,79		1.715.432
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.414.499.391,00			(1.685.895)
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-	2.091.473.641,88	0
Nennbetrag	-,-			0
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			43.078.143,25	89.329
6a. Handelsbestand			-,-	
7. Beteiligungen			-,-	-
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			19.991.928,67	19.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.500.000,00			(9.500)
9. Treuhandvermögen			175.050.931,85	174.963
darunter: Treuhandkredite	175.050.931,85			(174.963)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		14.313.580,00		16.179
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		1.349.297,42	15.662.877,42	708
12. Sachanlagen			24.014.752,44	24.445
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital			-,-	-
14. Sonstige Vermögensgegenstände			11.026.006,23	10.095
15. Rechnungsabgrenzungsposten			4.325.304,57	4.338
16. Aktive latente Steuern			-,-	-
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
Summe der Aktiva			6.282.088.483,40	6.037.507

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			301.887.711,76		253.986
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			1.515.968.855,21	1.817.856.566,97	1.588.613
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		49.978.463,21			54.176
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		6.302.305,53	56.280.768,74		6.644
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.296.753.771,18			2.425.131
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.409.672.877,84	3.706.426.649,02	3.762.707.417,76	1.106.994
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			94.473,31		531
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			-,-	94.473,31	-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				175.050.931,85	174.963
darunter: Treuhandkredite	175.050.931,85				(174.963)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.035.956,01	2.857
6. Rechnungsabgrenzungsposten				10.139.464,91	8.210
6a. Passive latente Steuern				-,-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.352.458,15		7.969
b) Steuerrückstellungen			380.000,00		6.038
c) andere Rückstellungen			12.890.171,24	21.622.629,39	13.661
8. (weggefallen)				-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				144.463.456,75	85.771
10. Genussschaftskapital				26.700.000,00	26.700
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	4.000.000,00				
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				5.200.000,00	5.200
12. Eigenkapital					
a) Eingefordertes Kapital					
gezeichnetes Kapital		36.400.000,00			36.400
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen			36.400.000,00		
b) Kapitalrücklage			43.263.228,45		43.263
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen		181.950.000,00	181.950.000,00		138.000
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust			53.604.358,00	315.217.586,45	52.399
Summe der Passiva				6.282.088.483,40	6.037.507
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			83.040.767,07		68.010
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	83.040.767,07	-
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			579.204.386,99	579.204.386,99	486.474

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln, für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		179.226.071,22		162.040
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen		50.702.095,08	229.928.166,30	54.278
2. Zinsaufwendungen			107.147.969,66	102.484
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		9.094.326,74		3.265
b) Beteiligungen		182,00		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		489.755,50	9.584.264,24	485
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			3.538.724,81	3.903
5. Provisionserträge			7.679.964,53	7.273
6. Provisionsaufwendungen			3.528.927,37	3.378
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			-63,25	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.098.927,68	2.574
9. (weggefallen)				
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	24.566.230,82			22.124
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung Euro 1.050.982,71	4.141.260,70	28.707.491,52		4.115 (1.155)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		19.665.051,97	48.372.543,49	18.904
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			5.112.086,63	4.792
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.182.904,30	1.066
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			10.800.617,66	0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	1.983
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-,-,-	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	0

17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00	-
18. (weggefallen)			
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	76.684.935,20		78.940
20. Außerordentliche Erträge	0		-
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00		2.891
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	-2.891
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23.066.664,51		23.627
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	63.056,43	23.129.720,94	60
25. Erträge aus Verlustübernahme	-,-,-		-
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-,-,-		-
27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	53.555.214,26		52.363
28. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	43.999.143,74		44.436
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	97.554.358,00		96.799
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-,-		
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-,-		
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-,-		
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-,-,-		
31. Entnahmen aus Genussrechtskapital	97.554.358,00		96.799
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage	-,-,-		
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-,-		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-,-		
d) in andere Gewinnrücklagen	43.950.000,00	43.950.000,00	44.400
33. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	53.604.358,00		52.399
34. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-,-,-		-
	53.604.358,00		52.399

ANHANG 2011

Bank für Sozialwirtschaft AG,
Berlin und Köln

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG) unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes und des Kreditwesengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden haben wir die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB beachtet. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht.

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet; Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs.1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % werden in den Bilanz-

positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren zu jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Alle Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wird ein von der Deutschen Bundesbank vorgege-

bener durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,13 % bei der Bewertung zugrunde gelegt (im Vorjahr 5,16 %). Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,0 % p. a. eingerechnet.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir grundsätzlich hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts. Dabei wurden Micro-Hedges kompensatorisch bewertet: Nichtrealisierte Verluste eines Geschäftes wurden mit angefallenen nichtrealisierten Gewinnen des anderen Geschäftes verrechnet. Verlustrückstellungen sind nur in Höhe eines danach verbleibenden Nettoverlustes vorgenommen worden („Einfrierungsmethode“).

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2011

a) Sachanlagen/ Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle WG	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	Gesamt
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	29.254.447	18.589.571	44.133.175	91.977.193
Zugänge	1.810.031	1.589.932	242.500	3.642.463
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	1.529.081	2.295.929	-	3.825.010
Abschreibungen kumuliert	13.872.520	11.883.033	26.361.463	52.117.016
Buchwert am Bilanzstichtag	15.662.877	6.000.541	18.014.212	39.677.630
Abschreibungen Geschäftsjahr	3.011.978	1.133.600	966.509	5.112.087

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit 50.473 EUR enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
in EUR				
Anschaffungskosten 31.12.2010	7.578.767	-	19.991.929	27.570.696
Zugänge	657.224	-	-	657.224
Anschaffungskosten 31.12.2011	8.235.991	-	19.991.929	28.227.920
Buchwert am Bilanzstichtag	8.235.991	-	19.991.929	28.227.920
Anschaffungskosten 31.12.2011	- Summe a und b -			120.022.566
Buchwerte am Bilanzstichtag	- Summe a und b -			67.905.550

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	418.871	48.453	8.310.757	1.357.161
Forderungen an Kunden (A 4)	76.921.936	273.639.311	765.495.888	2.650.481.818

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind 116.233.909 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind im Folgejahr fällig:

in EUR	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	107.366.762
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	413.227.545

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
in EUR				
Forderungen an Kunden (A 4)	8.742.530	8.888.949	6.319.865	1.944.820

Im Treuhandgeschäft bestanden wie im Vorjahr keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.091.473.642	2.086.585.456	4.888.186	4.888.186
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	40.075.227	21.406.679	18.668.548	-
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	-

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** entfallen 4.888.186 EUR auf Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr 4.773.249 EUR). In Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von 2.648.750 EUR (Vorjahr 2.648.750 EUR) enthalten.

- In der Bilanzposition **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind Anteile an Investmentfonds von mehr als 10 % enthalten. Es handelt sich um zwei Mischfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euro-Länder, die im Wesentlichen direkt oder indirekt in festverzinsliche Wertpapiere und Aktien investieren. Der Buchwert beträgt ebenso wie der Marktwert 34.349.698,50 EUR. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 966.912 EUR (einschl. anrechenbarer Ertragsteuern). Die Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.

- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt					
• BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2011	9.500	2011	-
• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2011	13.755	2010	60
• BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG	77,4	2011	4.900	-	-
Indirekt					
• IS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2011	672	2011	708
• AGO Betriebsges. f. Sozialeinrichtungen GmbH, Köln	33,3	2011	27	2010	977
• IM Immobilien Et Management Drei GmbH, Köln	100,0	2011	25	2011	- 2
• IM Immobilien Et Management Fünf GmbH, Köln	100,0	2011	25	2011	16
• BFS Abrechnungs GmbH, Hildesheim	49,00	2011	39	2010	-321

Die Anteile an der BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG werden nur vorübergehend gehalten und sind zur Weiterveräußerung bestimmt.

Der Gewinn 2011 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von 3.538.725 EUR wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzern-Abschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochter-Gesellschaften verzichtet.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und –verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

in EUR	
Forderungen an Kunden	175.050.932
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	183.104
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	174.867.828

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von 174.867.828 EUR ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen 183.104 EUR.

- Im Aktivposten **Sachanlagen** sind enthalten:

in EUR	
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	18.014.212
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.000.541

- Im Posten **Sonstige Vermögensgegenstände** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Zur Weiterveräußerung bestimmte KG-Anteile	3.898.035
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	3.390.254
Steuererstattungsansprüche	2.637.877

- In den **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 3.335.832 EUR (Vorjahr 3.268.813 EUR) enthalten. Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von 165.470 EUR (Vorjahr 231.658 EUR).
- Der nicht angesetzte Überhang latenter Steuern ergibt sich aus Buchwertunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz. Die Unterschiedsbeträge basieren auf steuerlich abweichenden Risikovorsorgen, Bewertungs- und Abzinsungssätzen. Passive latente Steuern bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	264.117.317	60.912.303	331.105.496	798.426.295
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2a ab)	-	4.816.811	1.485.495	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2b bb)	691.347.652	651.313.751	49.469.474	17.437.001

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1b) sind 61.407.444 EUR und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2b bb) sind 105.000 EUR Verbindlichkeiten mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a)) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr 94.473 EUR fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von 3.317.582.948 EUR als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von 1.475.948.550 EUR.
- Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Noch nicht beglichene Rechnungen	751.152
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	375.730
Steuerverbindlichkeiten	333.367
Zinsanteile für Genussrechte	1.369.410

- In den **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagioträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 10.139.198 EUR (Vorjahr 8.202.029 EUR) enthalten.
- Bei der Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte die Abzinsung mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Für die Bewertung zum 31.12.2011 wurde der Marktzinssatz mit Stand Oktober 2011 herangezogen. Es wurden nachstehende Parameter verwendet:

Pensionsalter	63 und 65 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Rentendynamik	2,0 %
Zinssatz	5,16 % zum 31.12.2010 (Stand Oktober 2010) 5,13 % zum 31.12.2011 (Stand Oktober 2011)

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende Parameter wurden verwendet:

Durchschnittliche Restlaufzeit	2,88 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Zinssatz	4,12 % zum 31.12.2010 (Stand Oktober 2010) 4,07 % zum 31.12.2011 (Stand Oktober 2011)

- Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert, die bei der Nürnberger Lebensversicherung AG angelegt sind. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB im Geschäftsjahr mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Rückdeckungsversicherungen, deren Aktivwerte in Höhe von 2.676.419 EUR Verpflichtungen in Höhe von 5.869.759 EUR gegenüberstehen. Aufwendungen von 763.130 EUR wurden mit Erträgen von 365.581 EUR verrechnet.
- Angaben zu Nachrangigen Verbindlichkeiten (P 9)

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
18.300.000	EUR	5,10 %	19.07.2021

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 5.363.137 EUR an.

- Das Genussrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	Nennbetrag
Emission 2002	4.000.000
Emission 2005	22.700.000

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

in EUR	Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	3.679.313	9.222.809	6.639.525	5.476.738

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind von wesentlicher Bedeutung:

Bilanzposition	EUR
Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich: Eventualverbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	83.040.767
Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich: Andere Verpflichtungen	
Unwiderrufliche Kreditzusagen	579.204.387

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen werden. Bei den sonstigen Verpflichtungen gehen wir dagegen von einer grundsätzlichen Inanspruchnahme aus.

II Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.415.615
Wertpapiergeschäft	3.162.912

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. die Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

in EUR		
Sonstige betriebliche Erträge (G+V 8)	Miet- und Pächterträge	1.301.299
Sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12)	Zinsaufwand für Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen	652.930

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogenen Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2011 in Mio. EUR	Nominalbetrag			Summe	beizulegender Zeitwert negativ (-)
	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	50	325	400	775	-41,6
OTC Produkte Forward-Darlehen	100	48	-	148	19,7

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich

in EUR

für die Abschlussprüfungsleistungen	110.463
für andere Bestätigungsleistungen	23.000
für Steuerberatungsleistungen	9.865

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Zehnfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2011 maximal 12.566.060 EUR betragen.

Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2011 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.

- Wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.

- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2011 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwertes von 2.734.752 EUR. Ihre Gesamtbezüge beliefen sich auf 294.680 EUR.

Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.

- Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung 139.404 EUR, für die des Beirates 6.810 EUR. Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR

Mitglieder des Vorstandes	-
Mitglieder des Aufsichtsrates	-
Mitglieder des Beirates	1.988.383

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen bestehen in Höhe von 10,9 Mio. EUR aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen. Diese betreffen überwiegend die angemieteten Geschäftsräume und wesentliche Teile der EDV-Anlage.

- Die Zahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	Prokuristen	4	-
	Handlungsbevollmächtigte	5	-
	Angestellte	247	64
		256	64
Gewerbliche Mitarbeiter		2	11
		258	75

Außerdem wurden durchschnittlich 5 Auszubildende beschäftigt.

- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von 52 EUR je Aktie ab.
- Beteiligungen von mehr als 25 % am Grundkapital:
Caritasstiftung Deutschland – Stiftung des Deutschen Caritasverbandes: 25,5 %
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. und Stiftung Kronenkreuz: 25,5 %
- Zum 31.12.2011 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand. Im Geschäftsjahr 2011 wurden 405 Aktien (= 0,06 % des Grundkapitals) zu 419 EUR je Stück und 306 Aktien (= 0,04 % des Grundkapitals) zu 523 EUR je Stück angekauft und verkauft. Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 18.6.2010 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben. Diese Ermächtigung gilt bis zum 17. Juni 2015.
- Im Bilanzgewinn von 53.604.358 EUR ist ein Gewinnvortrag von 49.144 EUR enthalten.
- Entwicklung der Rücklagen:

	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklage
in EUR		
Stand per 01.01.2011	43.263.228	138.000.000
Zugang 2011 aus dem Bilanzgewinn 2010	-	43.950.000
Stand per 31.12.2011	43.263.228	181.950.000

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

BDO AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Grüneburgweg 102
60323 Frankfurt/Main

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Bankkaufmann
Dietmar Krüger, Bankkaufmann

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dr. Robert Batkiewicz, Vorsitzender

Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland

Michael Warman, stellv. Vorsitzender

Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R.

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Klaus-Dieter Kottnik (bis 20.06.2011)

Präsident a. D., Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.

Hans-Peter Niemeier

Vorstandsmitglied, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V.

Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V.

Berthold Simons

Kaufm. Direktor i. R.

Johannes Stockmeier (seit 20.06.2011)

Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.

Dr. Wolfgang Teske (bis 20.06.2011)

Vizepräsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch (seit 20.06.2011)

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Prof. Dr. Manfred Willms

Bundesschatzmeister a. D.

Berlin und Köln, 30.03.2012

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt · Dietmar Krüger

BESTÄTIGUNGS- VERMERK

des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der

Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 30. März 2012

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. ppa. Krüper
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Schmidt
Wirtschaftsprüfer

GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN

Zentrale

50668 Köln

Wörthstraße 15-17
Telefon 0221.97356-0
Telefax 0221.97356-478
E-Mail bfs@sozialbank.de

Geschäftsstellen

10178 Berlin

Oranienburger Straße 13/14
Telefon 030.28402-0
Telefax 030.28402-367
E-Mail bfsberlin@sozialbank.de

01097 Dresden

Theresienstraße 29
Telefon 0351.89939-0
Telefax 0351.89939-585
E-Mail bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt

Anger 66-73
Telefon 0361.55517-0
Telefax 0361.55517-579
E-Mail bfserfurt@sozialbank.de

45128 Essen

Huysenallee 15
Telefon 0201.24580-0
Telefax 0201.24580-644
E-Mail bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6
Telefon 040.253326-6
Telefax 040.253326-870
E-Mail bfs hamburg@sozialbank.de

30177 Hannover

Podbielskistraße 166
Telefon 0511.34023-0
Telefax 0511.34023-523
E-Mail bfs hannover@sozialbank.de

76135 Karlsruhe

Steinhäuserstraße 20
Telefon 0721.98134-0
Telefax 0721.98134-688
E-Mail bfs karlsruhe@sozialbank.de

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)
Telefon 0221.97356-153
Telefax 0221.97356-177
E-Mail bfs koeln@sozialbank.de

04109 Leipzig

Neumarkt 9
Telefon 0341.98286-0
Telefax 0341.98286-543
E-Mail bfs leipzig@sozialbank.de

39106 Magdeburg

Joseph von Fraunhofer Straße 2
Am Wissenschaftshafen
Telefon 0391.59416-0
Telefax 0391.59416-539
E-Mail bfs magdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park
 Rheinstraße 4 G
 Telefon 06131.20490-0
 Telefax 06131.20490-669
 E-Mail bfsmainz@sozialbank.de

80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus)
 Telefon 089.982933-0
 Telefax 089.982933-629
 E-Mail bfsmuenchen@sozialbank.de

Repräsentanzen**34117 Kassel**

Obere Königsstraße 30
 Telefon 0561.510916-0
 Telefax 0561.510916-859
 E-Mail bfskassel@sozialbank.de

90402 Nürnberg

Königstraße 2
 Telefon 0911.433300-611
 Telefax 0911.433300-619
 E-Mail bfsnuernberg@sozialbank.de

18055 Rostock

Strandstraße 91
 Telefon 0381.1283739-0
 Telefax 0381.1283739-869
 E-Mail bfsrostock@sozialbank.de

70174 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 10
 Telefon 0711.62902-0
 Telefax 0711.62902-699
 E-Mail bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

Rue de Pascale 4 - 6
 B-1040 Brüssel
 Telefon 0032.2280277-6
 Telefax 0032.2280277-8
 E-Mail bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln
 Im Zollhafen 5 (Halle 11)
 Telefon 0221.97356-160
 Telefax 0221.97356-164
 E-Mail bfs-service@sozialbank.de

IS Immobilien-Service GmbH

50668 Köln
 Wörthstraße 15-17
 Telefon 0221.97356-491
 Telefax 0221.97356-249
 E-Mail is@sozialbank.de

BFS Abrechnungs GmbH

31137 Hildesheim
 Junkersstraße 1
 Telefon 05121.28291-850
 Telefax 05121.28291-99
 E-Mail info@bfs-abrechnung.de

Wirtschaft